



Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste
Allgemeine
Homosexuelle Aktion
Arbeitsgemeinschaft
verfolgter
Sozialdemokraten
Archaeological Review
from Cambridge
Berliner
Geschichtswerkstatt
Berliner Kulturrat
Berufsverband
Bildender Künstler
Demokratischer
Frauenbund
Deutscher Freidenker
Verband
Elefanten Press Galerie
Evangelische Akademie
Evangelische Jugend
Berlin
Freunde der
Deutschen Kinemathek
Gesellschaft für
Deutsch-Sowjetische
Freundschaft Westberlin
Künstler Kolonie Berlin e.V.
Magnus-Hirschfeld-
Gesellschaft
Neue Gesellschaft
für Bildende Kunst
Neuköllner Kulturverein
Niederländisch-
Ökumenische Gemeinde
Regionalbüro für
Wirtschaft und
Antirassismus
SJD — Die Falken
VVN — Verband
der Antifaschisten
Werkbund Archiv

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde!

Erfolgreiche Wochen sind seit unserem letzten Rundbrief ver-
gangen. Die Position des AKTIVEN MUSEUMS fand in diesen Wochen
durch mehrere Ereignisse deutlich sichtbare Unterstützung:

Am 1. September 1989 legte der Berliner DGB-Vorsitzende Micha-
el pagels gemeinsam mit dem AKTIVEN MUSEUM und Aktion Sühne-
zeichen-Friedensdienste am Gestapo-Gelände den symbolischen
Grundstein für ein AKTIVES MUSEUM, verbunden mit der Forde-
rung, den "Ort der Täter zu einem Denkort" zu machen. Wir
möchten uns an dieser Stelle noch einmal herzlich beim DGB-
Landesbezirk und seinen Mitarbeitern für diese Unterstützung
bedanken.

Zugleich brachten die beiden **Anhörungen der Senatskommission**
zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände ein eindeutiges Votum für
die Errichtung eines AKTIVEN MUSEUMS am Gestapo-Gelände. Auch
die "Perspektive Berlin", die an der Anhörung nicht teilge-
nommen hat, hat diese Forderung inzwischen übernommen - trotz
fortbestehender Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich eines
zentralen Holocaust-Mahnmals auf dem Gestapo-Gelände, dem bei
der Anhörung auch vom Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde,
Galinski, eine Absage erteilt wurde. Solche Meinungsverschie-
denheiten haben jedoch bewirkt, daß die Debatte um ein AKTI-
VES MUSEUM neu belebt wurde.

Diese Erfolge der vergangenen Wochen verdanken wir nicht zu-
letzt den beiden Mitarbeitern unserer Geschäftsstelle, Moni-
ka Rummler und Klaus Döring, die zu unserem größten Bedauern
ihre Tätigkeit zum 1.9.1989 einstellen mußten, weil ihre ABM-
Verträge nicht verlängert werden konnten. Um so dringender for-
dern wir vom Berliner Senat die finanzielle Absicherung zur
Fortsetzung unserer Arbeit. Den Dank an Monika und Klaus für
ihre engagierte zweijährige Tätigkeit im AKTIVEN MUSEUM ver-
binden wir zugleich mit einem Appell an unsere Mitglieder,
durch Spenden dazu beizutragen, daß wir diese momentanen Schwie-
rigkeiten überwinden und unsere beiden Mitarbeiter für die Zu-
sammenarbeit im AKTIVEN MUSEUM erhalten können.

Christine Fischer-Delap
für den Vorstand des AKTIVEN MUSEUMS.

PS: Die technische Erstellung dieses Rundbriefs erfolgte in der Freizeit
von Monika, Klaus und Annette und ist deshalb weniger perfekt als
vordem ausgefallen!

Geschäftsstelle:
Köthener Straße 44,
Telefon (030) 261 76 61
Konten:
Postgiroamt
Berlin (West),
Konto-Nr. 4610 18-108
(Reiner Gutte,
Sonderkonto Museum)
BLZ 100 100 10

Liebe Freunde des Aktiven Museums!

Es gibt ein neues Faltblatt über das Aktive Museum, in dem aktuelles und bleibendes festgehalten wurde. Es kann nach Absprache (Tel. 261 7661) und gegen Spende (die Herstellung war sehr teuer) abgeholt werden.

WIR DANKEN DEN SPENDERINNEN UND SPENDERN!!

BERUFSVERBAND BILDENDER KÜNSTLER (BBK)

HANS-JÖRG CERDES

ROBERT W. ZEILER

KATJA JEDERMANN

FRANK DINGEL

CHRISTINE FISCHER-DEFOY

PAULA SALOMON-LINDBERG

GÜNTER GOLDBERG

ERIKA HEUER-WILDE

DR. KLAUS SCHEURENBERG

SPENDEN SIND NOCH IMMER
HERZLICH WILLKOMMEN!!!!

Spendenkonto:

4610 18-108

Reiner Gutte

Sonderkonto Museum

Postgiroamt Berlin (West)

Bankleitzahl 100 100 00

DOKUMENTATION

aus:

antifaschistisches Magazin, Nr. 213, 2. Quartal 1989

AVS
Arbeitsgemeinschaft
Verfolgter
Sozialdemokraten Berlin
c/o Kurt-Schuhmacher-
Haus
Müllerstraße 163
1000 Berlin 65

Bund PRV
Bund
politisch, rassistisch, religiös
Verfolgter
c/o RPJ

Kurfürstendamm 96
1000 Berlin 31

VVN/VdA
Vereinigung der Verfolgten
des Naziregimes
Verband der
Antifaschisten

Boddinstraße 64
1000 Berlin 44

Presseerklärung

Betr.: Protest gegenüber Regierungssprecher Klein – Beleidigung zurücknehmen

Als Verfolgte des Naziregimes und deutsche Widerstandskämpfer/innen müssen wir mit Empörung feststellen, daß trotz der vielseitigen Proteste gegen die jüngste Äußerung des bundesdeutschen Regierungssprechers Klein zur Bewertung der Waffen-SS, von ihm kein Dementi erfolgte.

Mit der Behauptung, die Waffen-SS sei eine kämpfende Truppe und keine Verbrecherorganisation, stellt sich Minister Klein schützend vor die Mörder von Oradour und Lidice sowie vor die vielen, vielen anderen Grausamkeiten und Massaker, die diese „kämpfende Truppe“ in ganz Europa verbrochen hat.

Es ist eine Beleidigung gegenüber den Opfern des deutschen Faschismus, wenn wenige Tage nach dem 100. Geburtstag des Führers des NS-Regimes heute der Regierungssprecher, der erstmals seit Goebbels seine Funktion nicht mehr als Staatssekretär, sondern im Rang eines Ministers ausübt, die Waffen-SS von ihren Verbrechen öffentlich freispricht.

Die überlebenden Opfer der Nazi-Barbarei fordern vom Sprecher der Bundesregierung, Herrn Minister Klein, diese Beleidigung öffentlich zurückzunehmen.

Außerdem erwarten wir mit allen Demokraten vom Minister Klein, daß er angesichts der Zunahme von neofaschistischen Gewalttaten auf dem Hintergrund des Wählerzulaufs für die sog. Republikaner und die NPD, eine umfassende Aufklärungsinitiative für die Jugend zu veranlassen, wodurch die Verbrechen der Waffen-SS und aller Organe des NS-Regimes wahrheitsgetreu dargestellt und vermittelt werden.

Robert W. Zeiler
Vorsitzender der AVS

Adi Burg
Vorsitzender des Bund PRV

Heinz Schröder
Vorsitzender der VVN/VdA

Buchspenden zur Aktion vom Juni 1989**Landesbildstelle:**

2 Exemplare "Nationalsozialismus und Rechtsextremismus. Audiovisuelle Medien und Schriften"

Landeszentrale, Hamburg:

je 1 Exemplar:

Norbert Frei, Der Führerstaat

Hartmut Hohlbein, Politische Portraits

Veranstaltung im Rathaus zur rückbesinnung auf den 30. Januar 1933

Büttner/Jochmann: Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich

Erinnern für die Zukunft. Zum 50. Jahrestag des November-Pogroms von 1938

Freimark/Kopitzsch: Der 9.10. November 1938 in Deutschland

Werner Johe: Neuengamme

Ursula Büttner: Not nach der Befreiung

Hessische Landeszentrale, Wiesbaden

je 1 Exemplar:

Löwenthal/von zur Mühlen: Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933-1945

Aleff: Das 3. Reich

Scheffler: Judenverfolgung im Dritten Reich

Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus

Landeszentrale für politische Bildung, Saarbrücken:

je 1 Exemplar:

Schock, Ralph (Hrsg.) Haltet die Saar, Genossen! Antifaschistische Schriftsteller im Abstimmungskampf 1935

Stadtverband Saarbrücken, Regionalgeschichtliches Museum (Hrsg.): Zehn statt tausend Jahre. Die Zeit des Nationalsozialismus an der Saar 1935-1945

Niedersächsische Landeszentrale, Hannover:

Kolb, Eberhard, Bergen-Belsen 1943-1945

Roon, Ger van: Widerstand im Dritten Reich

Bracher/Funke/Jacobsen (Hrsg.): Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz

Landeszentrale Nordrhein-Westfalen:

Historikerstreit

Faust, Anselm: Die Kristallnacht im Rheinland, Dokumente zum Judenpogrom im November 1938

Dithmar, Reinhard (Hrsg.), Schule und Unterricht im Dritten Reich

Landeszentrale Schleswig-Holstein

Scheffler, Judenverfolgung im Dritten Reich

SPD-Landesverband Schleswig-Holstein und Beirat für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein (Hrsg.): 8. Mai 1945 - Stunde Null?

Johe, Neuengamme. Zur Geschichte der Konzentrationslager in Hamburg

Freimark/Kopitzsch, Der 9./10. November 1938 in Deutschland

Hürten, Die katholische Kirche zwischen Nationalsozialismus und Widerstand

Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein (Hrsg.): Die Juden in Schleswig-Holstein. Gegenwartsfragen 58

Landeszentrale Bremen

Erinnern für die Zukunft, Veranstaltungen in Bremen zum Jahrestag der Pogromnacht 1938

Wedemeier, Gewollt und durchgesetzt

MarBolek/Ott, Bremen im 3. Reich

Landeszentrale Rheinlandpfalz

Bundeszentrale (Hrsg.): Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus

Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Gedenkstättenführer Rheinland-Pfalz 1933-45 (2 Exemplare)

Buchstab/Kaff/Kleinmann, Verfolgung und Widerstand 1933-1934; Christliche Demokraten gegen Hitler

Kleiwitz, die Mänchmühle. Außenkommando des Konzentrationslagers Buchenwald

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Widerstand 1933-1945. sozialdemokraten und Gewerkschafter gegen Hitler

Jäckel, Hitlers Herrschaft

Ministerium des Innern und für Sport: Rheinland-Pfalz Verfassungsschutzbericht 1987

Landesbildstelle Rheinland-Pfalz: Judenverfolgung. Medien (2 Exemplare)

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Die Nacht in der im Deutschen Reich die Synagogen brannten

Pehle (Hrsg.): Der Judenpogrom 1938. Von der "Reichskristallnacht" zum Völkermord

Benz, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen.

Scheffler, Judenverfolgung im Dritten Reich

Backes/Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland

Strauss/Kampe (Hrsg.): Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust

Fortsetzung Buchspenden

Steinbach, Ein Volk, ein Reich, ein Glaube?

Freimark/Kopitzsch, Der 9./10. November 1938 in Deutschland

Aleff, Das 3. Reich



Noch bastelt der Vorstand des Aktiven Museums fieberhaft an einer Verlängerung der Verträge von Monika Rummler und Klaus Döring, die unseren Verein so tatkräftig die letzten beiden Jahre untertützt haben. Der Ausgang ist ungewiß. Ihre ABM-Verträge sind gekündigt. Noch hoffen wir, aber von Zuversicht kann keine Rede sein.

Danksagung

Herzlichen Dank an meine Interviewpartnerinnen und -partner dafür, daß Sie sich die Zeitnahmen, um mir Ihre Lebensgeschichte und Ihre Erfahrungen während der Zeit des Nationalsozialismus zu erzählen und die Offenheit und das Vertrauen, mit dem Sie meine Fragen beantworteten und mir, oft für Wochen, Ihre Originaldokumente zum Studium und zum Anfertigen von Kopien für das Archiv des AKTIVEN MUSEUMS überließen. Leider kann ich die Interviews und die Dokumente durch das Ende meiner ABM-Stelle nicht weiter bearbeiten.

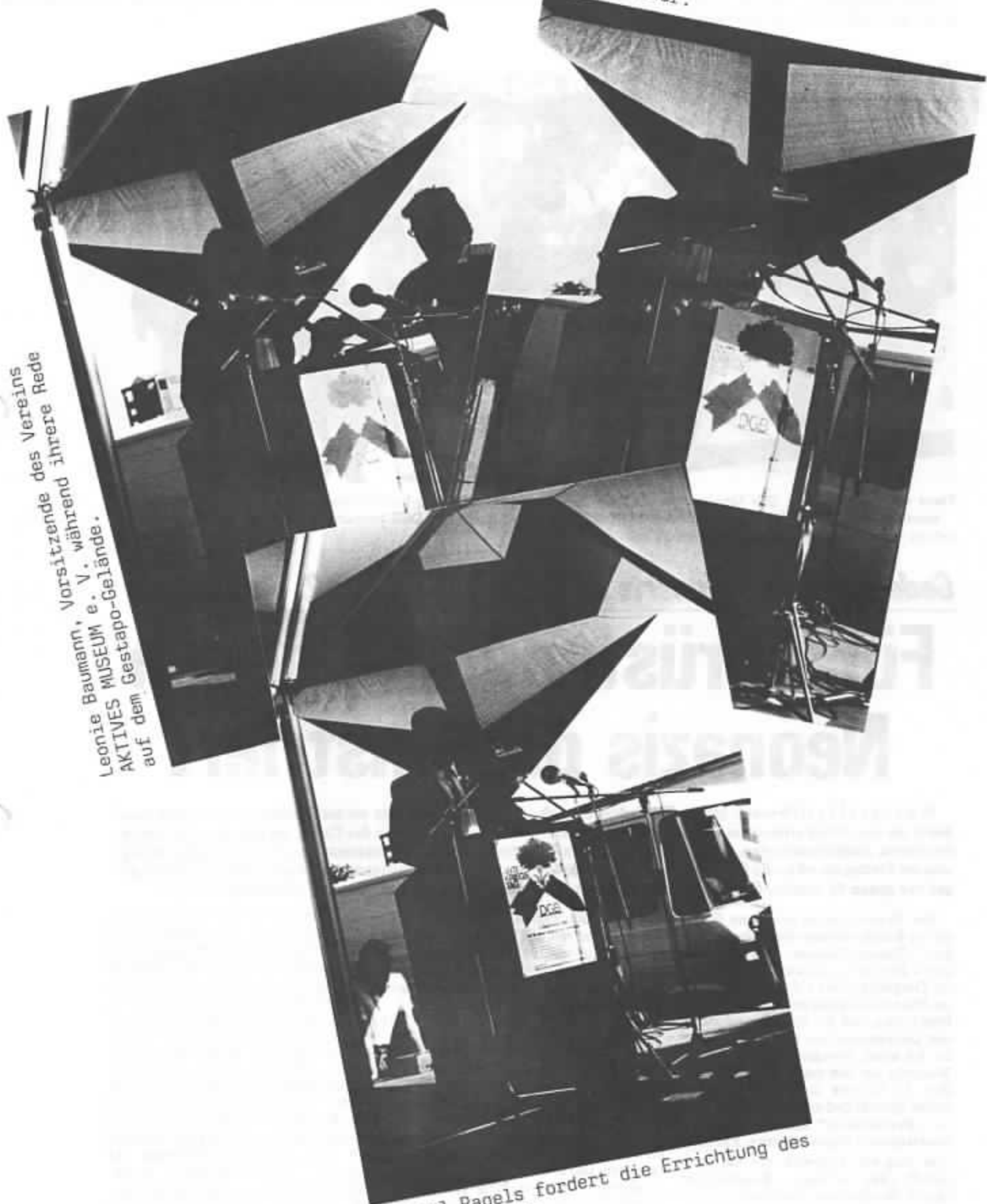
(Monika Rummler)

Die Rednerinnen und Redner bei der Grundsteinlegung zum Aktiven Museum am 1. September 1989 auf dem Gestapo-Gelände. Alle Fotos: Monika Rummler

Karl Schäfer.

Leonie Baumann, Vorsitzende des Vereins
AKTIVES MUSEUM e. V. während ihrer Rede
auf dem Gestapo-Gelände.

Michael Pagels fordert die Errichtung des
AKTIVEN MUSEUMS.



Sehr aufwendig und mit viel Kreativität hat der DGB in Zusammenarbeit mit Friedensbewegung in diesem Jahr den 1. September gestaltet. An dieser Stelle möchten wir dem DGB unseren herzlichen Dank für diese Arbeit und auch für die Unterstützung des Aktiven Museums durch den DGB aussprechen. Leider hat die Presse nicht angemessen berichtet. Der Tagesspiegel brachte eine sehr dürre Meldung, die taz hat den 1. September mit seinen Aktivitäten ganz unterschlagen. Daher hier nur die Wahrheit-Berichterstattung, die wenigstens ausführlich und so für Euch informativ ist.

Die Wahrheit 2./3. September 1989



Franz von Hammerstein, DSF-Vorsitzender (l.), und die Abordnung des DGB-Landesbezirks Berlin gestern während der Kranzniederlegung am Sowjetischen Ehrenmal in Tiergarten. Horst Jäckel vom DGB erinnerte daran, daß das Ende des Hitler-Terrors vor allem der UdSSR zu verdanken sei
Fotos: Henschel (2)

Gedenkmarsch erinnerte an Entfesselung des 2. Weltkrieges

Für Abrüstung und gegen Neonazis demonstriert

Westberlin (DW-aug). Mit einem Gedenkmarsch durch die Innenstadt erinnerten Gewerkschafter und Antifaschisten, Sozialdemokraten, Alternative und Kommunisten am Freitagabend an die Entfesselung des 2. Weltkrieges vor genau 50 Jahren. Sie demonstrierten damit ihre

Entschiedenheit, nie wieder Faschismus und Krieg zuzulassen. An der Spitze des Zuges, der sich über Knesebeckstraße und Kurfürstendamm zum Breitscheidplatz bewegte, trugen Demonstranten ein Transparent des DGB-Landesbezirkes mit der Mahnung „Nie wieder Krieg!“.

Der Demonstration waren am Nachmittag Kundgebungen der Mahnung auf dem Gestapo-Gelände, am Sowjetischen Ehrenmal und am Großen Stern im Tiergarten sowie auf dem Ernst-Reuter-Platz vorausgegangen. Es war nur zu folgerichtig, daß die Teilnehmer/-innen des Gedenkmarsches mit ihrer Absage an den alten, besiegten Faschismus die Warnung vor den neuen Nazis verbanden. So forderte die IG Medien auf ihrem Spruchband ein sofortiges Verbot der „Republikaner“ und aller anderen faschistischen Organisationen. Ein Kollege trug ein Sandwich mit der Aufschrift „Rep = Nazi - Republikaner raus!“. Westberliner Kommunisten/-innen, unter ihnen der amtierende SEW-Vorsitzende Dietmar Ahrens, forderten auf Transparenten „Nie wieder Faschismus! Ausländerhetze stoppen!“ und „Truppen raus aus Westberlin!“. Für ei-

ne Welt ohne Waffen trat nicht nur die ÖTV-Jugend mit der Parole „Abrüstung ist angesagt“ ein. In diesem Sinne verlangten auch Demonstranten anderer Nationalitäten einen gerechten Frieden zwischen Iran und Irak.

Zur Abschlußkundgebung an der Gedächtniskirche begrüßte der Westberliner DGB-Vorsitzende Michael Pagels einen Studentenchor aus Szczecin besonders herzlich. Es sei wichtiger, so Pagels, Kontakte zwischen Polen und Westberlin zu praktizieren als viele kluge Reden zu halten. Der DGB-Vorsitzende nannte in diesem Zusammenhang eine Presseerklärung des CDU-Abgeordneten Lummer abstoßend. Lummer habe sich erdreistet, Gewerkschaftern eine Kranzniederlegung am Sowjetischen Ehrenmal vorzuwerfen. Dies zeige, wie konservative Politiker „die Geschichte verdrehen, um ihre eigene Politik durchset-

zen zu können“. Heute müsse alles getan werden, nicht nur Raketen abzubauen, sondern „den Rüstungshaushalt insgesamt zu reduzieren“. Die schrecklichen Tage des Krieges und der Verfolgung dürften nie in Vergessenheit geraten. Der Redner wörtlich: „Heute erinnern wir daran, daß 20 Millionen der gefallenen Menschen Bürger der Sowjetunion waren und der größte Teil der polnischen Bevölkerung sinnlos ermordet wurde.“ Schon regten sich nicht nur bei den „Republikanern“ wieder Kräfte, die nationalistisches Gedankengut schüren und mit Ausländerfeindlichkeit ihr „braunes Süppchen kochen“. Es sei nicht verständlich, warum das kommunale Wahlrecht noch immer nicht für Westberliner/-innen aller Nationalitäten eingeführt worden sei. Pagels rief dazu auf, die Ursachen für rechtsextreme Parolen wie beispielsweise Massenarbeitslosigkeit und Wohnungsnot unterschiedener zu bekämpfen.

Rede des Vorsitzenden des DGB, Landesbezirk Berlin, Michael Pagels,
am Ort der Täter/Gestapogelände zum 1. September 1989

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

"Sagen Sie mal, ist dieses Flugblatt mit der gebrochenen Bombe und der roten Nelke vom DGB? Ort der Täter, Ort der Befreiung, Sieges-
säule, klingt doch alles ein bißchen östlich, oder nicht? Ist doch
wohl 'ne Fälschung?"

Dieses Flugblatt ist keine Fälschung, sondern der Versuch, aus Anlaß
eines historisch besonders wichtigen Datums, angemessen mit unserer
Geschichte umzugehen. Und trotzdem: Der Anrufer, den ich eben zitier-
te, dokumentiert ein Bewußtsein, das sich in nicht wenigen Köpfen
wiederfindet: Ein verantwortungsvoller Umgang mit den historischen
Erfahrungen im Hinblick auf kommende Generationen und eine Trauer vor
dem massenhaften Leid, das das deutsche Volk über die Völker der Welt
gebracht hat, ist nur selten zu finden. Zu dieser Haltung haben die
verantwortlichen Stellen beigetragen. Die nach dem 8. Mai 1945 noch
relativ gut erhaltenen Ruinen der drei ehemaligen faschistischen
Terror-Zentralen: das Reichssicherheitshauptamt, das Hotel "Prinz
Albrecht" als Sitz der SS-Reichsführung und gleich nebenan das
SD-Hauptquartier im Prinz-Albrecht-Palais wurden relativ bald ge-
sprengt. Es fand ein Abräumen unserer geschichtlichen Vergangenheit
statt. Es wurde planiert und eingeebnet. Ein geschichtlich wichtiger
Ort wurde "unsichtbar" gemacht. Eine Auseinandersetzung mit der Ver-
gangenheit und ein Erforschen, wie es dazu kommen konnte, daß die
Ermordung und Niedermetzlung von Millionen Menschen nur als eine
Ausführung von Befehlen und Aktenvermerken betrachtet wurde, fand
nicht statt. Nur so wird auch das eingangs erwähnte Telefongespräch
verständlich: Ein "Nichtwahrhabenwollen" der historischen Entwick-
lung, die jedoch auch durch ein "Unsichtbarmachen" nicht verschwinden
konnte: Die Keller und Grundsteinmauern wurden nach der Zeit des
instinktlosen Umgangs mit dem historischen Ort durch die Aktivität
des "Aktiven Museums" sichtbar gemacht. Und es muß daran erinnert wer-
den:

Vor 50 Jahren begann mit der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges
durch die deutschen Faschisten ein Kapitel in der deutschen Geschich-
te, das unermeßliches Leid über die Völker der Welt brachte:

60 Millionen Tote waren zu beklagen. Wie kam es zu dieser Tat, wer
waren die Hintermänner, welche Interessen haben sie geleitet?

Die "Reichsgruppe Industrie" und der "Freundeskreis des Reichsführers
SS" haben schon vor dem 1. September 1939 entsprechend geplant.

Adolf Hitler verdeutlichte in seiner Rede vor dem Industriecolleg, daß
die faschistische Kriegswirtschaft in ihrer Zielsetzung zu Krieg
führen wird und eine Neuordnung der Wirtschaftsplanung und Großraum-
wirtschaft nach sich ziehen muß. Auch die Industrie hat dies klar
erkannt:

Vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg erklärte Krupp
von Bohlen und Halbach: "In Antwort auf eine Frage, warum die Familie
sich für Hitler erklärt hat, sage ich, wir Kruppianer sind keine
Idealisten, sondern Realisten. Mein Vater war Diplomat. Wir hatten
den Eindruck, daß Hitler uns solch eine gesunde Entwicklung bescheren
würde. Tatsächlich hat er das getan. In diesem harten Kampf brauchten
wir eine harte und starke Führung. Hitler gab uns beides. Nach den
Jahren seiner Führung fühlten wir uns alle viel besser. Als ich über
die antijüdische Politik der Nazis befragt wurde, und was ich davon
wußte, sagte ich, daß ich nicht von der Ausrottung der Juden gewußt
habe und weiterhin, daß, wenn man ein gutes Pferd kauft, man ein paar
Mängel hinnehmen muß."

Diese Mängel waren der qualvolle Tod von Millionen Menschen in Konzentrationslagern, waren das sinnlose Morden auf den Schlachtfeldern, waren die Ausbeutung von Fremd- und Sklavenarbeitern, die von den deutschen Faschisten eingekerkert wurden.

Aus diesem Grund ist ein verantwortungsvoller Umgang mit unserer Geschichte notwendig. Aber eine Auseinandersetzung mit unserer Geschichte und dem deutschen Faschismus fand nur in ungenügendem Maße statt. Führende Politiker gingen sogar so weit, daß sie, mit der Begründung der "Gnade der späten Geburt" eine Entschuldigung der Vergangenheit betrieben und somit zur Enthistorisierung des Bewußtseins beigetragen haben. Und schon wieder hört man, daß wir eine "geistig-moralische Erneuerung" brauchen, so etwas wie demokratischen Patriotismus, oder wie die heutigen Reaktionäre ganz offen zugeben, "Europa ist wegen seiner verschiedenen nationalen Identitäten als Großraum nur in Form eines Staatenbundes organisierbar, in dem die hegemoniale Schirmherrschaft der stärksten europäischen Nationen wie von selbst zufällt."

Wenn man genau hinhört, ist der ideologische Kern vergleichbar mit einer Formulierung, die 1943 Göbbels tätigte: "Der Führer gibt seiner unumstößlichen Gewißheit Ausdruck, daß das Reich einmal ganz Europa beherrschen wird." Zwischen den beiden Zitaten liegen 45 Jahre. Und was hat sich in dieser Zeit alles getan, damit heute in aller Ruhe und Öffentlichkeit wieder Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit und Großmachtgelüste salonfähig werden? Gerade deshalb ist der DGB, Landesbezirk Berlin, davon überzeugt, daß eine Aufarbeitung der Vergangenheit notwendiger denn je ist. Eine Beschäftigung mit den Quellen und Dokumenten des Faschismus sollte zum Alltag jedes Gewerkschafters gehören, damit den Anfängen, die sich inzwischen nicht mehr nur als kleine Pflänzchen zeigen, eine wehrhafte Arbeiterbewegung entgegentritt. Damit die Beschäftigung mit den Ursachen des Faschismus unter der Parole: "Entdecken, lernen und verändern" tatsächlich erfolgen kann, ist ein Ort, an dem eine aktive Auseinandersetzung stattfindet, dringend notwendig. Das Aktive Museum hat seine Berechtigung und sollte am Ort der Täter errichtet werden. Die heutigen Installationen sind ein Beleg dafür, daß aus den unterschiedlichsten Richtungen und Bewegungen Materialien und Zusammenhänge hergestellt werden können, die bei der Ausbildung eines politischen Bewußtseins nützlich sind. Die Anhörungen, die zum Umgang mit dem Gestapogelände durchgeführt wurden, haben in ihrem Ergebnis dazu geführt, daß ein breiter Konsens zwischen den unterschiedlichsten Gruppen entstanden ist: Der Ort der Täter soll ein Denk-Ort werden, der nicht mehr umschwiegen ist, sondern der zur aktiven Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte und den sich ergebenden Konsequenzen für unsere Zukunft genutzt wird.

Trotz der begonnenen Ausstellung "Topographie des Terrors" muß die grundsätzliche Diskussion über diese Stätte des Prüfsteins für das Gewissen weiter geführt werden, damit aus dem Prüfstein ein Baustein für eine lebenswerte Zukunft wird. Die Würdigung der Opfer, der Widerstandskämpfer und der Gewerkschafter, die aktiv gegen den deutschen Faschismus angetreten sind, bleibt eine noch zu lösende Aufgabe. Wir fordern den Senat von Berlin auf, dem "Aktiven Museum" endlich eine räumliche Hülle zu geben. Aus diesem Grund wird heute zum 1. September 1989 ein symbolischer Grundstein für das noch zu gründende "Aktive Museum" niedergelegt. Dieser Stein ist mit der Hoffnung verbunden, daß über die Stätte, in der das Grauen geplant wurde, kein Gras wächst, und die demokratischen Kräfte in der Stadt sich mit allen Menschen verbünden, die dem aufkommenden Rechtsradikalismus und Neofaschismus aufrecht entgegentreten. In diesem Sinne hoffe ich, daß der 50. Jahrestag ein Anstoß ist, neues Denken auch in vielen anderen Köpfen zu ermöglichen.

Rede von Karl Schäfer am 1. September 1989 auf dem Gestapo-Gelände

Ich war dabei, bei dem Überfall auf Polen, heute vor 50 Jahren.

Ich war 18 Jahre alt, war im April nach Ostpreußen in den Reichsarbeitsdienst eingezogen und militärisch ausgebildet worden. Und so zogen wir wohl vorbereitet und ausgerüstet, im Schießen auf Pappkameraden geübt, zum Angriff auf Polen über die Grenze.

In einen Krieg, der unter der Tarnbezeichnung "Fall Weiß" seit Anfang '39 von den Generälen der deutschen Wehrmacht, offensichtlich mit großen vaterländischem Engagement vorbereitet worden war.

Schon nach 4 Wochen war der Feind geschlagen, nachdem polnische Kavallerie sich erfolglos mit gezogenem Säbel gegen deutsche Panzer zu wehren versucht hatte.

Ein verbrecherischer Krieg, dessen Ziel nicht nur die Kolonisierung, sondern die Vernichtung Polens, die Beseitigung seiner lebendigen Kraft war, wie Hitler es formulierte.

Das Ergebnis war der Tod von einem Fünftel der polnischen Bevölkerung, 4,4 Millionen sind dem Morden zum Opfer gefallen.

Nach der Eroberung begann sofort mit menschenverachtender Grausamkeit die Eindeutschung des eroberten Gebietes nach dem sogenannten "Generalplan Ost". 20 Millionen Polen, die als "Fremdvölkische" eingestuft worden waren, sollten evakuiert werden. Der Rest, knapp 5 Millionen Polen, sollten als Sklaven der Deutschen für die Verrichtung niederer Arbeiten verbleiben.

Um die Gründlichkeit zu demonstrieren, zitiere ich aus den Richtlinien für die Schulbildung der 'Versklavten'. Danach genügte einfaches Rechnen bis 500, das Schreiben des eigenen Namens und die Lehre, daß es ein göttliches Gebot sei, den Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich und fleißig und brav zu sein. 'Lesen ist nicht erforderlich', so steht es geschrieben.

Aber, rassisch wertvolle Kinder sind von den Familien zu trennen und im Altreich in geeigneten Erziehungsanstalten, etwa nach der Art der früheren Potsdamer Militärwaisenhäuser, zu erziehen.

Nicht auszudenken ist das Unglück, wenn wir den Krieg gegen die Sowjetunion gewonnen hätten und dieser Plan für Polen und in gleicher Weise für die Sowjetunion verwirklicht worden wäre.

Den Beginn der Durchführung des "Generalplan Ost" habe ich während eines vierwöchigen Praktikums als Architekturstudent 1940 im eingedeutschten "Reichsgau Wartheland" miterlebt. Bei der, für sich betrachtet, so harmlosen Tätigkeit des Wiederaufbaues der Bauernhöfe für die volksdeutschen Neusiedler, nach der Vertreibung der polnischen Eigentümer.

Das war in Kutno bei Lodz, damals Litzmannstadt genannt, einer Stadt, in der die Deutschen ein Ghetto für 250.000 Juden eingerichtet hatten. Wir wußten damals noch nicht, die jüdischen Mitbürger aus Berlin, die ich dort traf und ich, daß dies ihre letzte Zwischenstation vor den Vernichtungslagern im Generalgouvernement, in Kulmhof, in Auschwitz, Belzec und Sobibor, in Treblinka und Majdanek sein sollte.

Ein Jahr später, 1941, bei dem Überfall auf die Sowjetunion war ich wieder dabei, wieder eingezogen als Soldat, im Mittelabschnitt der Front, in Bjelorußland, im Raum Minsk. Zur Beschreibung der Kampfführung im Osten zitiere ich aus einem Befehl des Befehlshabers der Panzergruppe 4, des Generaloberst Höppner, vom 2.5.1941.

"Der Krieg gegen Rußland ist ein wesentlicher Abschnitt im Daseinskampf des deutschen Volkes. Es ist der alte Kampf der Germanen gegen das Slawentum, die Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitzisch-asiatische Überschwemmung, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus. Dieser Kampf muß die Zertrümmerung des heutigen Rußland zum Ziele haben und deshalb mit unerhörter Härte geführt werden. Jede Kampfhandlung muß in Anlage und Durchführung von dem eisernen Willen zur erbarmungslosen völligen Vernichtung des Feindes geleitet sein. Insbesondere gibt es keine Schonung für die Träger des heutigen russisch-bolschewistischen Systems."

Was erbarmungslos heißt, hat der Chef der Sicherheitspolizei in Meldungen vom Juli 1941 festgehalten:

Ereignismeldung UdSSR Nr.36 vom 28.8.1941: "In Minsk werden bis auf weiteres täglich etwa 200 Personen liquidiert. Es handelt sich dabei um bolschewistische Funktionäre, Agenten, Kriminelle, Asiaten usw., die aus dem Zivilgefangenenlager aussortiert werden. ... In Minsk wurde die Wehrmacht in umfassender Weise bei der Durchkämpfung des von ihr errichteten Zivilgefangenenlagers unterstützt."

Ereignismeldung Nr. 50 vom 12.8.1941: "In Minsk geht die Durchkämpfung des Zivilgefangenenlagers und die Liquidierung der als politisch und kriminell belasteten Personen laufend weiter."

Ereignismeldung Nr. 67 vom 29.8.1941: "In Minsk kamen bei der Durchkämpfung des Zivilgefangenenlagers noch weitere 615 Personen zur Liquidierung. Bei sämtlichen Exekutierten handelt es sich um rassistisch vollkommenminderwertige Elemente."

Es ist eine Legende, das Ehrenkleid der Nation mache aus seinen Trägern auch Ehrenmänner. Das Gegenteil ist richtig, es macht sie zu uniformierten Befehlsempfängern.

Der Krieg, den wir geführt haben, war nach seinen Zielen und seiner Durchführung ein gigantisches Verbrechen. Die ihn geplant und durchgeführt haben, mit großer krimineller Energie, waren folglich Verbrecher, die Generäle des OKH und die Tausende von Offizieren; die im Nachhinein für sich gern Befehlsnotstand geltend machen und alles auf den Oberbefehlshaber abwälzen wollen. In ihrer Mehrheit jedoch waren sie Überzeugungstäter. Warum schmücken sich so viele von ihnen noch heute mit den Orden und Ehrenzeichen, die doch wohl mehr Un-Ehrenzeichen sind.

Und wie steht es mit den Hunderttausenden Soldaten, die mitgewirkt haben? Wie steht es mit mir, der ich durch meine Mitwirkung den Verbrechern Vorschub geleistet habe? Am Ort der Täter muß ich mich fragen, müssen wir uns fragen, die wir dabei waren, ob wir gewollt, ungewollt oder unbewußt an Verbrechen und Vergehen gegen die Menschenrechte und Menschenwürde mitgewirkt haben, ob wir unterlassen haben, was zu tun die Menschlichkeit von uns gefordert hat? Die Antwort kann nur ein rückhaltloses Bekenntnis sein. Das Bekenntnis zur Teilnahme der großen Mehrheit der Deutschen an Maßnahmen und Aktionen, die der Planung und der Durchführung von Vergehen und Verbrechen dienten; das Bekenntnis, weggesehen zu haben, wo mitmenschliches Handeln gefordert war.

Die einzige Lehre aus der Geschichte kann nur sein, uns täglich zu prüfen, ob wir nicht wieder gewollt, ungewollt oder unbewußt an Verbrechen und Vergehen gegen die Menschenrechte und Menschenwürde mitwirken, ob wir nicht wieder wegsehen.

Vom NS-Staat haben uns die Alliierten befreit, von seinem Ungeist müssen wir uns noch selbst befreien.

Vom Wegsehen zum Mitlaufen, zum Mitmachen ist ein gerader, hindernisloser Weg. Die Entscheidung zum Mitmachen fällt bereits beim Wegsehen.

Ich denke gerade heute an die Nachgeborenen, die sich so selbstgefällig geben und dabei so scham- und gewissenlos um den Besuch des Bundeskanzlers in Polen feilschen.

Unverändert ist der Geist, der aus Gastarbeitern und Asylanten "Fremdvölkische" macht, die uns überschwemmen, also bedrohen, wir folglich ein Recht haben zu verfolgen.

Es ist kein Zufall, daß die sogenannten Republikaner in ihrem Parteiprogramm das Lebensrecht und die Menschenwürde auf Deutsche beschränken, im Gegensatz zum Grundgesetz, in dem sich das deutsche Volk zur Unverletzlichkeit der Menschenrechte in aller Welt bekennt.

Unverändert ist der Geist der Richter, die 1988 in der BRD die Folter als ein Instrument der Staatsrechtspflege bezeichnen, das nicht ohne weiteres Asylgewährung rechtfertigt;

und Richter, die Asylanten als unzumutbar aus Wohngebieten verdrängen.

Unverändert ist der Geist, der humanitäre Aspekte bei Asylanträgen nicht gelten läßt, den Menschen zur Akte macht, wie Herr Lummer als Berliner Innensenator.

NS-Ungeist verbirgt sich hinter dem Gesetzentwurf zum "gezielten Todesschuß", der im Klartext das Töten auf Befehl als hoheitliche Handlung in Friedenszeiten bedeutet.

Unverändert seit 50 Jahren ist der Geist und die Haltung vieler Unternehmer, in deren Unternehmen um des Profites Willen KZ-Häftlinge bis zu ihrem Tode ausgebeutet wurden. Heute danach befragt, erklären die Herren sich und ihre Unternehmen frei von jeder Verantwortung, verantwortungslos. Wie sie seinerzeit der NS-Verbrecherherrschaft gedient haben, dienen sie heute dem menschenverachtenden Apartheid-Regime in Südafrika.

Unverändert ist der Geist der Männer in den Rüstungsfirmen, die mit den Kriegführenden in aller Welt Geschäfte machen.

Unverändert ist der Geist der aus den nationalistisch-revanchistischen Tönen der Vertriebenenfunktionäre und deren Liebessdiener in den christlichen Parteien spricht, wenn sie die Endgültigkeit der Westgrenze Polens infrage stellen.

Rede von Leonie Baumann anlässlich der symbolischen Grundsteinlegung für das Aktive Museum am 1. September 1989 auf dem Gestapo-Gelände

Vor 6 Jahren hat sich der Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin gegründet. Seither bemühen wir uns mit all unseren angeschlossenen Organisationen, eine treibende Kraft zu sein bei den inhaltlichen Auseinandersetzungen und bei der Erarbeitung von Vorschlägen zum weiteren Umgang mit dem ehemaligen Gestapo-Gelände. Wenn wir uns heute - 50 Jahre nach der Entfesselung des zweiten Weltkrieges durch die deutschen Faschisten - mit diesem Gelände beschäftigen, müssen wir uns zuerst fragen, welche historische Bedeutung dieser Ort für uns hat.

Auf diesem Gelände residierte die "Schaltzentrale des NS-Terrors". Nirgendwo sonst kommt das Schreibtischtätertum, die bürokratische Organisation, die die Vernichtungsmaschinerie plante, deutlicher zum Ausdruck als hier. Damit ist das Gestapo-Gelände ein einmaliger Ort, unvergleichbar mit anderen Gedenkstätten. Hier muß die Erinnerung an die Täter im Vordergrund stehen und die Auseinandersetzung mit der Frage: Wie funktionierte ein System, das aus Menschen Wegsehende, Mitläufer, Täter und Mörder machte?

Die Institutionen auf dem Gelände - Gestapo, SS, SD und Reichssicherheitshauptamt - belegen eindringlich den Zusammenhang von politischer Verfolgung und rassistischem Vernichtungsprogramm. Das Reichssicherheitshauptamt mit seinem weitverzweigten Netz nachgeordneter Dienststellen steuerte von diesem Ort aus die gesamte Verfolgungs- und Vernichtungspolitik des "Dritten Reiches". Es wird deutlich, daß erst der politische Widerstand zerschlagen werden mußte, um die rassistische Verfolgung in die Praxis umzusetzen.

Die Mitarbeiter dieser Institutionen waren keine primitiven Schlägertypen, sondern zum Teil hochqualifizierte Beamte, die weniger ihrer politischen Einstellung, sondern eher wegen ihrer beruflich herausragenden Leistungen hier tätig waren. Es wurden die rationellsten Methoden der Ausrottung erprobt. Diese personellen Kontinuitäten sind nicht nur von der Weimarer Republik zur NS-Zeit nachweisbar, sondern überdauerten auch 1945 bruchlos. So war z. B. der Leiter des Schutzhaftreferates, Berndorff, nach dem Krieg für den BND tätig.

Man mag von der Argumentation der älteren Generation - man habe von allem nichts gewußt - halten was man will: Heute wissen wir, was passiert ist. Heute müssen wir Stellung beziehen, nach Kontinuitäten fragen, die überdauert haben und das historische Wissen mit den Problemen von heute verknüpfen. Den Gegenwartsbezug kann kein Denkmal und keine historische Ausstellung leisten. Für diese aktive Auseinandersetzung ist ein Zentrum politischer Bildungs- und Informationsarbeit, die Einrichtung eines Aktiven Museum notwendig.

Die Beschäftigung mit den Tätern steht nicht im Widerspruch zum Gedenken an die Opfer. Wir können nicht über die Täter nachdenken, ohne ihre Taten zu benennen. Der Verfolgungs- und Vernichtungsapparat, der von diesem Gelände aus funktionierte, umfaßte den politischen Widerstand, Juden, Zigeuner, Homosexuelle, Freimaurer, die sogenannten politischen Christen und viele andere mehr. Eine Erinnerungsarbeit muß alle Verfolgten und Ermordeten einbeziehen. Die Tatsache, daß es immer noch "vergesene Opfer" des deutschen Faschismus gibt, läßt Rückschlüsse auf Kontinuitäten im Denken zu. Auf immer noch bestehende Vorurteile, die ein Erinnern z. B. an Homosexuellenverfolgung verdrängen.

Schon wieder haben die sogenannten Republikaner Zulauf, die Menschen erster und zweiter Klasse propagieren. Schon wieder können pseudowissenschaftlich verbrämte Euthanasieprogramme entworfen werden, die "unwertes Leben" aussondern. Nicht die Wiederholung der Geschichte droht, aber es fehlt auch heute nicht an neuen Ansätzen unmenschlicher rassistischer Politik.

Von Jahr zu Jahr gehört der deutsche Faschismus für Jugendliche mehr der Vergangenheit an. Immer weniger Zeitzeugen können über persönliche Erzählungen Betroffenheit erzeugen. Das Auschwitz von morgen, vor dem Jugendliche heute Angst haben, heißt Ozonloch, Umweltverschmutzung, Arbeitslosigkeit und atomarer Winter. Die politische Bildungsarbeit eines Aktiven Museums wird diese aktuellen Probleme aufgreifen müssen, um sie mit der historischen Bedeutung dieses Ortes zu verknüpfen. Nicht Konsensbildung und Stillhalten kann die Handlungskonsequenz sein, sondern aktives Einmischen und Unruhe. Wir sind nicht nur für das verantwortlich, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht verhindern.

Der 1. September ist für den Verein Aktives Museum in einer weiteren Hinsicht ein besonderes Datum. Der Aufbau eines provisorischen Büros in Umzugskartons ist Signal und Hilferuf. Nachdem wir nach jahrelanger ehrenamtlicher Arbeit seit 1987 endlich zwei Mitarbeiter auf ABM-Basis einstellen konnten, war es zumindest ansatzweise möglich, unseren Vorstellungen einer aktiven Bildungs- und Informationsarbeit näherzukommen. Diese beiden Stellen sind gestern ausgelaufen. Seit heute stehen wir erneut vor dem Nichts. Und das, obwohl die beiden vom Kultursenat durchgeführten Anhörungen mit Berliner Initiativen und internationalen Gedenkstättenexperten ein einhelliges Ergebnis gebracht haben:

"Am Ort der Täter muß die vorhandene Dokumentation ausgebaut und eine Bildungs-, Informations- und Begegnungsstätte aufgebaut werden."

Diese breite Übereinstimmung ist - da sind wir ganz unbescheiden - insbesondere der langjährigen Überzeugungs- und Informationsarbeit des Vereins Aktives Museum zu verdanken und all seiner Mitgliedsorganisationen.

Der Verein hat bereits viel bewegen können:

- Wir haben unsere Vorstellungen zur Aktiven Auseinandersetzung mit dem Gelände in die Diskussionen zum damaligen Wettbewerb eingebracht;
- wir haben Führungen über das Gelände durchgeführt, als dort noch Schutt verwertet und führerscheinlos gefahren wurde;
- wir haben zu einer symbolischen Ausgrabung aufgerufen, als offiziell noch das Vorhandensein von Gebäuderesten geleugnet wurde;
- wir haben Anwohner eingeladen, um ihnen die Gelegenheit zu geben, sich über die Geschichte des Ortes in ihrer Nachbarschaft zu informieren;
- wir haben Zeitzeugeninterviews durchgeführt, die zu machen keine Sekunde mehr verzögert werden darf;
- die inhaltlichen, konzeptionellen und praktischen Vorarbeiten für ein Aktives Museum wurden vom Verein in enger Zusammenarbeit mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste geleistet. In das Konzept gingen die langjährigen Erfahrungen von Aktion Sühnezeichen in der internationalen Gedenkstättenarbeit ein.

Dennoch, ein Aktives Museum, wie wir es uns vorstellen, konnten wir bisher trotz aller Anstrengungen nicht sein. Angesichts der Bedeutung des heutigen Tages und dieses Ortes und angesichts zunehmender neofaschistischer Entwicklungen in dieser Stadt erwarten wir ein deutliches Signal des Senates für die sofortige Unterstützung eines Aktiven Museums.

Aus dem damaligen Ort der Täter muß heute ein Denkort werden, damit das "Nie wieder" kein Lippenbekenntnis bleibt.



Die Ausstellung
auf der
Wäscheleine
Symbol für
die Notwendigkeit
des
AKTIVEN MUSEUMS

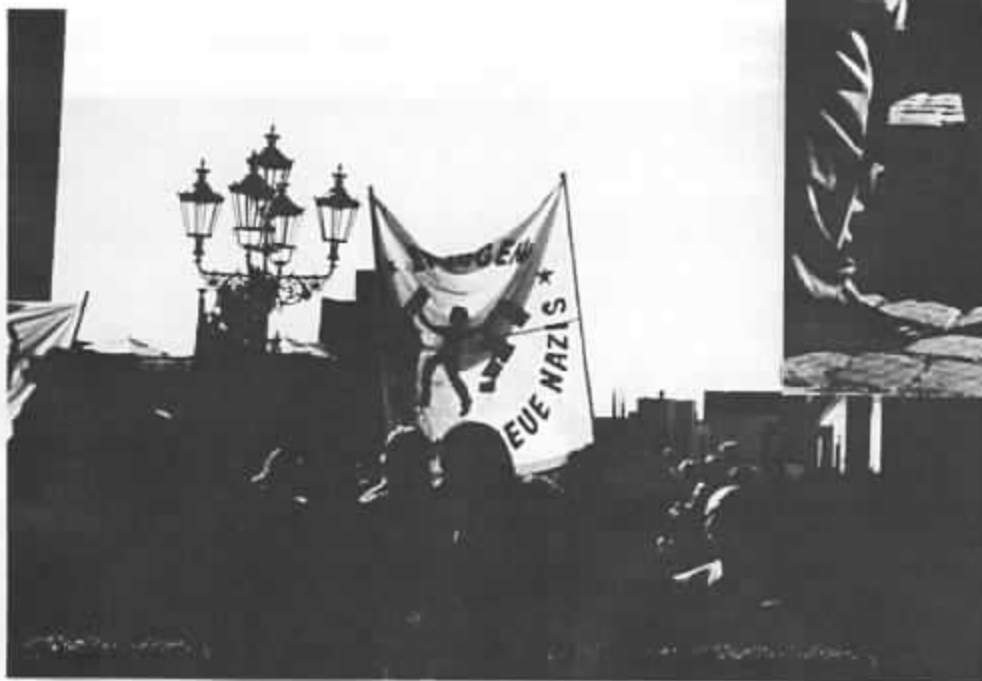


Umzugskästen als Symbol für die ungesicherte
Zukunft des aktiven Museums.





Der Grundstein wird plaziert.



Das Auditorium am Gestapo-Gelände.
Der ÖTV-Jugend hat unser Emblem gefallen.

Rede von Roby Zeiler, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AVS) am 1. September 1989 vor dem sowjetischen Ehrenmal

Werte Anwesende,
liebe Bürgerinnen und Bürger in Ost und West,
und ich erlaube mir, die Menschen in ganz Europa mit einzubeziehen, denn sie alle gehören zu den Opfern und Leidtragenden dieses Krieges, der heute vor 50 Jahren, am 1. September 1939 von deutschem Boden und von der ehemaligen Reichshauptstadt Berlin ausging!

Ich denke an dieser Stelle auch an die Hibakuschas, die Opfer der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945.

Am Ende dieses Krieges, am Tag der Befreiung vom Naziterror und Faschismus, am 8. Mai 1945, haben wir über 50 Millionen Tote zu beklagen! Davon über 20 Millionen Sowjetmenschen! "Sowjetmenschen", wie mein Freund Wladimir GALL aus Moskau, artikulieren würde, der als Hauptmann mit dem Major Grischin als Parlamentäre, am 1. Mai 1945, die Spandauer Zitadelle retten konnten, unter Einsatz ihres Lebens.

50 Jahre nach Ausbruch des 2. Weltkrieges, 56 Jahre nach der Machtergreifung des Hitler-Faschismus stehen wir hier und gedenken der Gefallenen, Ermordeten, Soldaten und der zivilen Opfer des faschistischen Terrors, der ganz Europa überzogen hat!

Wenige Meter von uns entfernt steht eine Mauer, die Deutsche von Deutschen trennt, die Familien auseinandergerissen hat, die ideologische Welten durchschneidet! Sie ist ein Relikt eines verlorenen Krieges, der von Deutschland ausging, "Im Namen des deutschen Volkes"!

Unsägliches Leid wurde unseren Nachbarn in Ost und West - Nord und Süd zugefügt!

Es waren die drei bzw. vier Siegermächte, die uns vom Hitler-Faschismus befreien mußten. Wir Deutschen haben es leider nicht von innen heraus geschafft.

Da hilft auch nicht das Attentat auf Hitler, am 20. Juli 1944, das einige mutige Offiziere der deutschen Wehrmacht dann doch noch wagten - wie wir wissen, hat es nicht geklappt.

Im Gegenteil: Die Verfolgung Andersdenkender setzte jetzt verstärkt ein: Der "Volksgerichtshof" konnte unter seinem Vorsitzenden Freisler die Ermordung aufrechter Patrioten aus allen politischen Lagern erst richtig perversionieren!

Es hat lange gedauert, bis wir zu Kriegsgegnern geworden sind, bis beide Weltmächte in Ost und West zu der Einsicht gekommen sind, daß durch immer mehr Waffen kein Frieden geschaffen werden kann! Daß ein Krieg uns nicht ein besseres Leben beschere kann - sondern, daß wir miteinander reden müssen, Meinungsverschiedenheiten friedlich austragen und regeln müssen, und die unterschiedlichen Gesellschaftsformen akzeptieren!

Ich denke, wir befinden uns auf dem richtigen Wege unter dem Motto:

"Nie wieder Krieg - Nie wieder Faschismus!"
Wohlstand für alle Menschen! - Dann gibt es auch nicht "Republikaner" oder andere Rechtsextremisten, die uns an den Naziterror mit Grauen erinnern!

(Kurz-)Buchbesprechung

"Schule im Dritten Reich. Erziehung zum Tod"

Das Buch beschreibt ein Geschichtsprojekt einer Kasseler Schulklasse. Angeregt durch den Wettbewerb des Bundespräsidenten von Weizsäcker, schrieben die Schüler prominente Persönlichkeiten an und befragten sie nach ihren Erfahrungen in der Schulzeit im Dritten Reich. Dazu befragten sie betroffene Juden, die in dieser Zeit in Deutschland zur Schule gingen und Lehrer. Das Buch hat inzwischen viele Preise erhalten. Z. Z. wird es ins japanische übersetzt. Eine Lehrerin aus Hiroshima hat sich für dieses Projekt eingesetzt.

Nach wie vor ist dieses Buch ein wichtiger Beitrag zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus, das mir persönlich sehr nahegegangen ist.

Es ist höchste Zeit, daß man sich auch im "Lande der Täter" mit dem Problem der Erziehung der Jugend auseinandersetzt - gerade auch im Zusammenhang mit den erneuten Verführungsversuchen der "Republikaner" und anderer neonazistischer Vereinigungen in unserem deutschen Vaterland - mitten in Europa.

"Schule im Dritten Reich. Erziehung zum Tod" Eine Dokumentation; Geert Platner - Schüler der Gerhart-Hauptmann-Schule in Kassel (Hrsg.)

erschienen bei Pahl-Rugenstein Nr. 484
363 Seiten Erstausgabe 1983, DM 19,80

Robert W. Zeiler

1. September 1989: 50. Jahrestags des Kriegsbeginns

aus: Die Wahrheit, 2./3. September 1989



„Ort der Täter“ – Das Gestapo-Gelände

Vor dem ehemaligen Gestapo-Gelände legten der Landesvorsitzende des DGB, Michael Pagels, und Leoni Baumann vom Verein „Aktives Museum“ den symbolischen Grundstein für ein noch zu errichtendes Museum. Der Ort der Täter solle zu einem „Denk-Ort“ werden, der nichts verschweige und sich mit der deutschen Geschichte aktiv auseinandersetze. Im Beisein von Bürgermeisterin Stahmer forderten sie den Senat auf, das „Aktive Museum“ zu unterstützen und „morgen den richtigen Grundstein zu legen“. Die Aufarbeitung der Vergangenheit sei angesichts neuer rassistischer Tendenzen in der Politik notwendiger denn je, betonten sie. „Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht verhindern“, meinte Baumann

Foto: Henschel



Ort der überfallenen Nationen

Am Ernst-Reuter-Platz gedachten die Teilnehmer des Anti-Kriegstages der von Hitler überfallenen Nationen. Der DGB hatte ursprünglich vor, die Flaggen aller Nationen zu hissen. Da die 39 zur Verfügung stehenden Flaggenmasten jedoch für diesen Zweck nicht ausreichten, wurden die Fahnen der Länder der Antihitlerkoalition aufgezogen. Ein Schauspieler der Westberliner Compagnie sagte die Namen der 52 Staaten auf, die am Krieg gegen Hitlerdeutschland beteiligt waren. Menschen aus 27 Nationen kamen durch die faschistische Aggressionspolitik ums Leben

Fotos: Homann



Ort der polnischen Division

Vor der Siegestsäule würdigte Christiane Bretz (DGB) die Rolle der polnischen Division, die an der Seite der Roten Armee an der Befreiung Berlins mitwirkte und am 2. Mai 1945 auf der Spitze der goldenen Viktoria die rotweiße Flagge hißte. Marian Fufk aus Warschau, der damals als Offizier der Kosciuszko-Division in Berlin kämpfte, sagte, der Hitlerfaschismus sei ein großes Unglück sowohl für Polen als auch für Deutschland gewesen. „Es soll Frieden zwischen unseren Völkern sein.“ Friedrich W. Hoßbach, Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, erinnerte an die jahrhundertelange antipolnische Haltung der Deutschen

Am 16 Oktober 1989 fand in der Akademie der Künste auf Einladung der "Perspektive Berlin" ein Gespräch über das Projekt Holocaust-Mahnmal auf dem Gestapo-Gelände statt. Zu eurer Information hier der Tagesspiegelbericht, eine (wie wir fanden äußerst gelungene) Stellungnahme Gerhard Schoenberners zum Perspektive-Vorschlag sowie ein subjektiv gehaltener Bericht von Annette Ahme.

Mahnmal für ermordete Juden oder alle Naziopfer als Streitpunkt

Heftige Auseinandersetzungen bei Diskussion in der Akademie der Künste

Der Streit, der seit einiger Zeit um das in Berlin erwogene Holocaust-Denkmal für den Völkermord an den Juden schwelt, ist vorerst offenbar nicht beizulegen. Auch nach der Diskussion, die der Verein „Perspektive Berlin“ am Sonnabendabend in der Akademie der Künste veranstaltete, blieb völlig offen, wo und in welcher Form der ermordeten Juden, oder auch aller Naziopfer, gedacht werden soll. Einigkeit bestand unter allen Teilnehmern, darunter Kultursenatorin Martiny, Parlamentsvizepräsidentin Schramm (AL) sowie dem kulturpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Lehmann-Brauns, nur darin, daß es höchste Zeit für ein solches Mahnmal in Berlin sei.

Der Verein setzt sich seit Herbst 1988 dafür ein, den ermordeten Juden eine solche Gedenkstätte auf dem sogenannten Prinz-Albrecht-Gelände am Kreuzberger Gropius-Bau zu errichten. Der Völkermord an den Juden, so argumentiert die Gruppe unter Vorsitz der Journalistin Lea Rosh, habe in der Ideologie der Nazis eine zentrale Rolle gespielt und sei die Grundlage gewesen für die Verfolgung aller Andersdenkenden und der in den Augen der Nazis „Lebensunwerten“.

Diskussionsleiter Joachim Braun kündigte die Bildung eines Förderkreises an, der unabhängig von „Perspektive Berlin“ Geld für die Errichtung

„Perspektive“ ist, faßte die Argumente gegen die Forderungen des Vereins folgendermaßen zusammen: Vom ehemaligen Gestapo-Gelände, der „Mordzentrale des Deutschen Reiches“, sei der Terror gegen alle Verfolgten gelenkt worden, an diesem Ort allein der Juden zu gedenken, sei daher falsch.

Dieser Ansicht waren auch die Vertreter des „Aktiven Museums“, der Internationalen Liga für Menschenrechte sowie der „Initiative zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände“.

Man entzweite sich derart über die dem „Verein“ vorgeworfene „Hierarchisierung der Opfer“ durch die Beschränkung auf die Juden, daß nach einigen emotionalen Ausbrüchen einzelner Diskutanten der Wortwechsel von Diskussionsleiter Braun unter Hinweis auf den unlösbaren „offenen Dissens“ unterbrochen wurde.

Die konkreten Vorschläge der „Perspektive“ für die zukünftige Nutzung des Gestapo-Geländes wurden nicht diskutiert. Danach soll ein Teil der Fläche als „begehbare Landkarte“ gestaltet werden, die alle Konzentrationslager und die Zahl der dort Ermordeten nennt. Die Südostecke ist demnach für das Mahnmal für den Holocaust vorgesehen. Ferner soll eine Ausstellung die „Topographie des Terrors“ ergänzen, was dem Wunsch des „Aktiven Museums“ nach gründlicher Aufklärung über die Nazis und ihre Opfer entgegenkommt. mW

19. Sep. 1989
75/9

Gerhard Schoenberner
Zur Diskussion in der Akademie der Künste
am 16. September 1989

Da mich die Einladung zu spät erreichte und ein Reisettermin nicht mehr zu ändern war, versuche ich, meinen Gesprächsbeitrag schriftlich zu geben.

(1) In der Vergangenheit haben wir in der Akademie mehrfach diskutiert, was mit dem ehemaligen SS- und Gestapogelände geschehen soll, Protokolle darüber liegen gedruckt vor. In jüngster Zeit hat die vom Berliner Senat eingesetzte Kommission in zwei Sitzungen zunächst alle betroffenen und engagierten Gruppen in Berlin, sodann eine Reihe auswärtiger Experten zum Thema gehört, auch hier sind die Ergebnisse bekannt. Öffentlichkeit muß also nicht mehr hergestellt werden. Da die Perspektive sich aufgrund eines Mißverständnisses an den Gesprächen nicht beteiligt hat, das dortige Meinungsbild auch ihren Vorschlägen nicht günstig war, ist es verständlich, daß sie nach zahlreichen Einzelgesprächen nun eine eigene Anhörung veranstalten will.

(2) Leider stellen die Formulierungen der Einladung zu diesem Treffen, in denen das gegenwärtige Meinungsbild beschrieben wird, diesen berechtigten Wunsch schon wieder in Frage. Wäre die Situation tatsächlich so, wie dort behauptet, würde sich das heutige Gespräch erübrigen. Damit setzt die Perspektive ihre Politik fort, Personen und Gruppen für sich zu reklamieren und den Eindruck zu erwecken, ihre weitgehende Selbstisolation in dieser Frage sei nicht existent. Demgegenüber ist festzuhalten, daß die Forderung der Perspektive nach einem Holocaust-Mahnmal auf dem Gestapogelände in beiden Gesprächsrunden keine Zustimmung fand. Das gilt auch für die jüdischen bzw. israelischen Gäste, die hier gehört wurden.

(3) Ein Gespräch hat nur dann Sinn, wenn es sachlich und ohne moralischen Druck geführt werden kann. Der Ton moralischer Einschüchterung mit dem Thema, der in der Argumentation immer wieder durchklingt, ist gegenüber denen, die ihrer Forderung bisher widersprochen haben, ganz unangebracht. Der Versuch, Einwände gegen Sinn und Zweck des von ihr

geforderten Mahnmals und dessen Standort schlicht als Zeichen deutscher Uneinsichtigkeit und Verstocktheit auszugeben, sollte besser unterbleiben. Das Problem, um das es hier geht, ist als Test für politische Gesinnungstüchtigkeit völlig ungeeignet. Ob das Gedenken an die Opfer des Völkermordes ein zentrales Mahnmal auf deutschem Boden erlaubt oder gar erfordert und an welchem Platz, kann und muß man diskutieren. Die Forderung der Perspektive ist zunächst nur eine These, gegen die es erlaubt sein muß, andere Thesen zu setzen, ohne daß sofort Verdächtigungen erhoben werden, wie seinerzeit gegen die Kritiker der TV-Serie "Holocaust", bevor Elie Wiesel sein vernichtendes Verdikt publizierte.

(4) Die Perspektive hat sich zu einem relativ späten Zeitpunkt in die Diskussion eingeschaltet, die seit Ausschreibung des Wettbewerbs 1983 über die künftige Nutzung/Gestaltung des Geländes geführt wird. Die Tatsache, daß ihr Vorstoß unter Vermeidung jeder vorherigen Kontaktaufnahme mit den zahlreichen Initiativen und Einzelpersonen erfolgte, die sich schon längere Zeit mit diesem Thema befassen, löste nicht nur psychologische Irritationen aus. Der Versuch, einen in öffentlicher Diskussionsrunde spontan geäußerten Einfall nachträglich mit konkreten Vorstellungen aufzufüllen, führte zu widersprüchlichen Erklärungen, von denen keine zu überzeugen vermochte. Es mußte der irrierte Eindruck entstehen, als werde hier eine Alternative zu den bisherigen Plänen vorgeschlagen, also ein Mahnmal statt eines "Aktiven Museums".

(5) Nachdem die Perspektive nun in ihrem neuesten Papier den Anschluß an den allgemeinen Diskussionsstand herstellt, die Überlegungen und Vorschläge, über die weitgehend Konsens herrscht, fast ausnahmslos aufnimmt und sich zu eigen macht, ist dieses Mißverständnis jedenfalls beseitigt und ein Streit darüber unnötig. Übrig bleibt die Forderung nach dem Holocaust-Mahnmal, die auch im neuen Konzept zum Schluß etwas unvermittelt noch einmal wiederholt wird.

Am Ende des Textes, der den Gestus des Einlenkens und Einverständnisses zeigt, wird zunächst der Vorschlag der Landkarte vorgestellt, die auf dem Gelände die ehemaligen Lager und Mordstätten markieren soll, meiner Meinung nach die einzige Möglichkeit, dem spezifischen Charakter dieses Ortes gerecht zu werden und die sonst unvermeidlichen Rivalitäten der verschiedenen Verfolgtengruppen auszuschließen. Eine solche Lösung ist aber konzeptionell die Alternative zum Holocaust-Mahnmal, ihr Vorschlag schließt den anderen logisch aus. Um so Überraschter ist der Leser, die alte Forderung nach

dem Mahnmal unverändert wiederzufinden. Nicht einmal in der Frage des Standortes wird die Möglichkeit eines Kompromisses angedeutet. Das also ist die einzige Frage, die noch diskutiert werden muß: Brauchen wir ein Mahnmal, und wo soll es stehen.

(6) Die Forderung nach einem Holocaust-Mahnmal wirkt zunächst zeitlich und thematisch willkürlich. Nicht einer von den Initiatoren, die es im Aufruf als Schande bezeichnen, daß es dieses Denkmal über vierzig Jahre nach Kriegsende auf deutschem Boden noch immer nicht gibt, hat in diesen vier Jahrzehnten je Anstoß an diesem Mangel genommen. Wir haben viele Mängel und Versäumnisse in der westdeutschen Nachkriegspolitik zu beklagen, die im Zeichen des Antikommunismus und der Restauration unvermeidlich auftraten, und viele von uns haben sie beklagt und kritisiert. Die Frage nach einem Holocaust-Denkmal hat dabei weder für Juden noch für Nichtjuden je eine Rolle gespielt.

1983 wurde der Wettbewerb für das Gestapo-Gelände ausgeschrieben. Weder in seinem Text noch in der folgenden öffentlichen Debatte unter Einbeziehung der Verfolgten, noch in der Jury war je von etwas anderem die Rede als von einem Mahnmal - zwar nicht "für alle und jeden" (Eberhard Jäckel), wohl aber für alle Opfer des NS-Terrors. In dieser Frage herrschte völlige Einigkeit mit dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, der sich zum Sprecher dieser Forderung machte und damit tatsächlich im Namen aller sprach.

Warum ein Mahnmal für alle Vergasteten, Erschossenen, Gehenkten und zu Tode Gequälten des NS-Terrors auf eine ähnliche "Verharmlosung" hinauslaufen soll, wie das geplante Bonner Denkmal, das erklärtermaßen Opfer und Täter vereinen will, bleibt das Geheimnis derer, die diese Behauptung aufgestellt haben. Ich halte die Gleichsetzung beider Vorhaben nach wie vor für infam, denn sie stellt eine Beleidigung aller Opfer des NS-Terrors und des Widerstandskampfes dar, die nicht unter die Kategorie des Völkermordes fallen.

(7) "Von den Denkmälern ist Hilfe nicht zu erhoffen" habe ich vor zwei Jahrzehnten in einer Reportage über ausländische Gedenkstätten notiert. Tatsächlich halte ich auch heute Denkmäler im herkömmlichen Sinne für fragwürdig wenn nicht obsolet. Es müßten sonst viele Denkmäler in diesem Land gebaut werden.

Es gibt kein Denkmal für die von Hitlerdeutschland überfallenen Völker, das in diesem Herbst sehr aktuell gewesen wäre. Es gibt kein Denkmal für die über 21 Millionen Sowjetbürger, von denen nur die Min-

derzahl durch direkte Kriegseinwirkung umkam. Es gibt auch kein Denkmal für die dreieinhalb Millionen sowjetischer Kriegsgefangener, deren Tod dem selben menschenverachtenden Rassenwahn geschuldet ist, von dem die Judenfeindschaft ein Teil war. Mit nicht weniger Recht könnte man das Fehlen von Denkmälern für weitere Opfergruppen als Schande verbuchen. Die europäische Judenheit war doch nur das erste Opfer des imperialistischen Programms zur "rassenpolitischen Neuordnung Europas", das bei seiner endgültigen Realisierung ganze Völkerschaften Osteuropas und am Ende auch Teile des deutschen Volkes eingeschlossen hätte. Und der Anfang war bereits gemacht.

(8) An den Stätten der ehemaligen Konzentrations- und Todeslager, der ausgerotteten Dörfer in Griechenland, Jugoslawien und Belorussland, überall gibt es Mahnmäler und Gedenkstätten, einige davon künstlerisch gelungen und menschlich ergreifend. In Jerusalem haben die Überlebenden dem Andenken der Toten ihres Volkes einen eigenen Ort gewidmet. Im Land und am Ort der Täter stellen sich andere Herausforderungen. Da ist die Frage der Legitimation, die von seiten eines Teils der Opfer angezweifelt wird und uns zu kritischer Selbstprüfung zwingt. Sodann genügt es nicht, sich vor den Opfern zu verneigen, wozu viele noch am ehesten bereit wären. Viel schwerer und unpopulärer ist die Forderung, die Täter und das System, das sie möglich machte, zu erkennen; davor scheut man zurück, aus gutem Grund.

Schließlich müssen, will man ein Mahnmal, an dem Ort, an dem ihr Tod beschlossen wurde, unterschiedslos alle Opfer in das Gedenken eingeschlossen werden. Unabhängig von der Unvergleichbarkeit ihrer Schicksale, die niemand leugnet, kann es eine Hierarchie der Toten nicht geben.

(9) Denkmäler sind in vielerlei Gestalt denkbar, sie müssen nicht aus Granit sein und an einem öffentlichen Platze stehen. Ein Film, ein Buch, ein graphischer oder musikalischer Zyklus, auch ein Haus, in dem der Ermordeten gedacht und über das NS-Regime gelehrt wird, können ein solches Denkmal sein. Das beste Denkmal freilich wäre ein anständiger Umgang mit der deutschen Vergangenheit gewesen.

Wären die Eliten, die sich als willfährige Kollaborateure der Naziverbrechen betätigten, die Ministerialbürokraten und Wirtschaftsführer, die Militärs, die Juristen, Mediziner e tutti quanti nicht in der Ära Adenauer bis auf Ausnahmen alle wieder zu Amt und Würden gekommen, hätten nicht die Nazigeneräle die Bundeswehr, die Gestapoleute die Kriminalpolizei, die SD-Agenten den BND, die Arisierung- und Kriegsgewinnler die Wirtschaft aufgebaut, hätte die Bundesrepublik in der Politik eines belehrten Volkes sich und den Toten ein überzeugendes Denkmal gesetzt.

(10) In Berlin wird es, von zahlreichen lokalen Gedenktafeln abgesehen, neben den beiden Denkmälern an den Bahnhöfen Pützlitzstraße und Grunewald das Haus der Wannseekonferenz als Gedenk- und Lernort mit einem Museum und einer pädagogischen Abteilung geben. Ein Mahnmal für den Holocaust wird, wie ich gerade höre, von der Stadt Frankfurt geplant. Wie man die Dringlichkeit eines solchen Mahnmals in Berlin auch beurteilt, so ist das von der Perspektive dafür vorgesehene Gelände definitiv der falsche Platz, weil es das Thema des Ortes verfehlt, von dem die Pläne und Befehle zur Verfolgung und Ermordung aller Opfergruppen ausgingen. Will man auf dem Gelände ein Mahnmal, so sollte es eine Lösung in Richtung des Vorschlags einer markierten Landkarte sein, den die Perspektive selbst in die Diskussion gebracht hat.

Die Frage, ob in Berlin außerdem ein Holocaust-Mahnmal errichtet werden soll und wo - z. B. als Ausrufezeichen zwischen DHM und Reichstag, wie bereits vorgeschlagen, oder an anderem Ort - sollte separat erörtert und von der Diskussion über die Nutzung des Gestapo-Geländes getrennt werden. Es handelt sich hier nämlich um zwei durchaus verschiedene Probleme. Sobald das einmal akzeptiert ist, wird das Gespräch entspannt und die Verständigung sehr viel leichter sein.

Gedanken über eine Gesprächsrunde bei der Perspektive Berlin

Zum 16. September 1989, einem Sonnabend, hatte die Perspektive Berlin zu einer Gesprächsrunde über ihr Projekt eines Holocaust-Mahnmals in den Clubraum der Akademie der Künste eingeladen. Es war persönlich eingeladen worden, und auf der Liste der Eingeladenen waren eine Menge "prominente" Namen.

Ich hatte keine rechte Meinung hinzugehen. Insgesamt war mir die Veranstaltung zu elitär aufgemacht, und in der Einladung hatte gestanden, alle "demokratischen Parteien" seien schon für das Holocaust-Mahnmal. Was damit wohl gemeint war? VVN war nicht eingeladen, sind das die Udemokraten? Die prominentesten der Eingeladenen waren nicht da: Momper, (Diepgen), Galinski und Pagels fehlten. Aber trotzdem waren zahlreiche Personen, die über das Gestapo-Gelände schon oft miteinander diskutiert haben, zusammengekommen: Reinhold Rürup, Karl Schäfer, Rainer Ernst, Eleonore Kujawa, Christine Fischer-Defoy, Margarete v. Brentano, Jochen Spielmann und viele andere mehr. Daneben waren die Parteien vertreten: Hilde Schramm, Sabine Weißler für die AL, Anke Martiny und Karen Grewe für die SPD, Lehmann-Brauns für die CDU, sogar die FDP war mit Herrn Lüder vertreten. Und die Perspektive-Leute: Lea Rosh, Joachim Braun, Ada Withake-Scholz, Tilman Fichter, Jakob Schulze-Rohr. Einige Journalisten waren da. Es fehlten im Diskussionszusammenhang: Leonie Baumann, Frank Dingel, Gerhard Schoenberger, Robert Frank. Sehr vehement für das vorgeschlagene Denkmal setzte sich als einer, der bisher an der Berliner Diskussion nicht so verstrickt beteiligt gewesen ist, Eberhard Jäckel ein.

Um das wichtigste vorwegzunehmen: Die Kontroverse blieb in ihrer bekannten Konstellation bestehen. Deshalb hatte ich schon auf dem Weg zur Akademie gehofft und hoffte ich auf dem Rückweg ebenso, daß dies die letzte solcher Veranstaltungen unter dieser Fragestellung gewesen sein möge. Die Menschen, die sich schon seit längerer Zeit mit dem Gestapo-Gelände befassen (in der Initiative zum Umgang mit dem Gelände, als Sachverständige der Senatskommission, als Mitglieder des Aktiven Museums ...) argumentierten noch einmal sehr klar und sachlich, daß sie sich ein Holocaust-Mahnmal sehr gut vorstellen können, einige von ihnen wünschten es sich auch, aber eindeutig war die Ablehnung des von der Perspektive hierfür vorgeschlagenen Ortes: Am

Gestapo-Gelände gehe es um die gesamte faschistische Verfolgung und Vernichtung, hier könne man nicht ein isoliertes Holocaust-Mahnmal errichten. Das führe entweder zu einer Hierarchisierung der Opfer oder aber zur Verniedlichung des Holocausts. Beides kann niemand wünschen. Alle sprachen sich für die Suche nach einem anderen Ort für das Holocaust-Mahnmal aus und für die Weiterentwicklung des Gestapo-Geländes auf der Grundlage der Ergebnisse der Diskussionen und Anhörungen der Senatskommission. (siehe zur sachlichen Auseinandersetzung das m. E. hervorragende Papier von Gerhard Schoenberger in diesem Rundbrief).

Trotzdem wurde immer wieder von seiten der Perspektive gesagt, man habe kein überzeugendes Argument gegen das Mahnmal und gegen das Mahnmal an diesem Ort gehört. Das hat mich geärgert, denn gerade die Ausführungen von Reinhard Rürup, Karl Schäfer, Rainer Ernst und Eleonore Kujawa zeichneten sich durch zwingende Logik und große Differenziertheit aus.

Eine unerfreuliche Polemik wurde regelrecht vom Zaun gebrochen: Als Frau Kujawa skeptisch den Begriff der Singularität der Brutalität des Völkermords an den Juden betrachtete: Sie sagte, auch die Slawen, die Polen, die Russen seien von den Nazis mit beispielloser Brutalität behandelt worden, erregte sich Tilman Fichter: Von Singularität der Brutalität habe niemand gesprochen, das sei eine Unterstellung! Dem widersprach Frau Kujawa, es sei sehr wohl von der Singularität der Brutalität die Rede gewesen. Über diese Polemik war ich verwundert, denn wenn überhaupt, so dachte ich, entzünde sich über den Ausführungen von Frau Kujawa der Streit um die Singularität und man erregte sich über die Anzweiflung der Singularität. Aber nur die Worte "Singularität der Brutalität" wurden als Worte, die jemand gesagt haben sollte, als böse Unterstellung gewertet. Das habe ich nicht verstanden. Im weiteren Verlauf dieser Polemik unterstellte Tilman Fichter "einigen Anwesenden" "bewußte Unaufrichtigkeit in der Argumentation" und man sollte einmal so ehrlich sein und das nicht immer verschweigen. Das hat mich allerdings geplättet. Was sollte zum Beispiel, so überlegte ich, mich bewegen, in einer solchen Frage unaufrichtig zu denken oder zu sprechen? Welche geheimen egoistischen Interessen könnten mich leiten? Was will ich verschweigen und was will ich, etwas anderes vorgebend, wirklich? Diese Unterstellung, am eigenen Beispiel durchgespielt, schien mir so unglaublich, so erfunden, daß ich wirklich böse darüber wurde.

Was sollte einen Reinhard Rürup bewegen, etwas anderes über das Gelände zu sagen als er denkt oder was sollte er (neben vielleicht beruflichen Interessen, die aber jedem Menschen innewohnen), drittes mit dem Gelände bezwecken, was er aber verschweigt? Was Tilman Fichter da gesagt hatte, schien mir so abstrus, so durch nichts begründet, in seiner Abwegigkeit aber auch so gemein, daß ich den Eindruck hatte, daß er eigentlich nur nachgedacht hatte, wie er Schärfe in die Veranstaltung hineinbringen könnte. Es schien mir die abstrakte Lust am Verletzen, Unterstellen, Scharfmachen zu sein (Übrigens sollte die Perspektive Tilmans Unterstellungen für ihn zurücknehmen).

Am Ende hat mir aber ganz besonders die Vorstellung der Schirmherrschaft für einen Förderverein für das Holocaust-Mahnmal den Geschmack verdorben: Neben Siegfried Lenz und Helmut Simon, einem ehemaligen Verfassungsrichter und ehemaligem Kirchentagspräsidenten, soll Edzard Reuter, der Vorstandsvorsitzende der Mercedes Benz AG, nun weiter für das Holocaust-Mahnmal werben. Gerade hatte dieser das größte deutsche und zweitgrößte europäische Rüstungsimperium durch die Fusion mit MBB zusammengeschmiedet. Das scheint mir nun wirklich die Strategie des Vergessens zu sein. Hat die Perspektive vergessen, welche Rolle Stahl- und Rüstungsindustrie im deutschen Faschismus gespielt haben? Vergißt die Perspektive auch heute die stabilisierende Politik von Mercedes für das Rassistenregime in Südafrika? Das scheint mir ein wunderliches Holocaust-Mahnmal, das mit dem Blut der Schwarzen sich schmücken kann und mit den Leiden der unentschädigten Zwangsarbeiter des gleichen Konzerns. So kann ein Mahnmal zur Bedrohung werden. Tilman Fichter sagte dann noch, er wundere sich, daß Kritik am Mahnmal nur von "links" komme, und er sei doch ein "Linker", ein "Sozialist". Ich hatte mich auch zu Wort gemeldet und war auch notiert worden, aber die Dramaturgie verlangte es wohl so, oder ich bin nicht prominent genug, jedenfalls wurde ich nicht aufgerufen. Das war nicht weiter schlimm, denn was ich inhaltlich hatte sagen wollen, hatte Christine Fischer-Defoy wunderbar vorgetragen. Aber ich hätte Tilman Fichter gerne gefragt, ob er, statt sich über Kritik von links zu ärgern, sich nicht über die glatte Zustimmung von rechts (Lehmann-Brauns) wundere und ob ihm eine Schirmherrschaft der Rüstungsindustrie nicht Angst mache?

Schirmherrschaft hatte ich betont. Das einzig angenehme an der Veranstaltung war die zahlreiche Präsenz und deren bestimmen-

de Rollen von Frauen. Das hat mich gefreut. Daß Frau von der Perspektive her nun wieder Männer für die Repräsentation wählt, und dann auch noch solche, ist erschreckend. Mir gefällt auch nicht das Elitäre, Sponsorhafte. Ich habe es lieber demokratisch. Wenn die Industrie Geld übrig hat (was beim derzeitigen Boom ausreichend der Fall ist), soll sie es bitte in Form von Steuern an alle geben. Wir entscheiden dann mit unseren hart erkämpften (und verbesserungswürdigen) demokratischen Strukturen über die Verwendung. Ich mache es ja auch nicht anders mit meinen Steuern. Ich gebe sie dem Finanzamt. Sonst hätte ich mir von den jetzt schon zusammengekommenen Steuern ein hübsches Rosa-Luxemburg-Denkmal am Marheinekeplatz, wo ich immer einkaufe, aufgestellt, hergestellt von meiner lieben Schwester, die Bildhauerin ist. Aber so geht es eben nicht, und deswegen bin ich auch in der BVV, damit solche Dinge gemeinsam besprochen und demokratisch entschieden werden können.

Annette Ahme
20.9.1989

Gespräch über die künftige Nutzung des „Prinz-Albrecht-Geländes“

Die Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten teilt mit:

Die von der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten im Auftrag des Abgeordnetenhauses berufene Fachkommission, die über eine künftige Nutzung des „Prinz-Albrecht-Geländes“ berät, hat eine zweitägige Gesprächsrunde mit Gedenkstättenexperten aus Israel, Österreich, den Niederlanden, der DDR und der Bundesrepublik abgeschlossen.

In ihrer Begrüßung unterstrich die Berliner Kultursenatorin Dr. Anke Martiny die Verpflichtung Berlins und aller Deutschen, diesen Ort, der die Schaltzentrale nationalsozialistischer Verbrechen war, zu einem Forum der Auseinandersetzung, der Aufklärung und zu einer Stätte der Besinnung zu machen.

Im Zentrum der Expertengespräche stand vor allem die Frage der Vermittlung historischer Tatbestände, wobei die auswärtigen Gäste ihre bisher gewonnenen Erfahrungen ausführlich und konstruktiv einbrachten.

Betont wurde, daß es sich bei der Nutzung des „Prinz-Albrecht-Geländes“ um keine lokale oder nationale, sondern um eine gesamteuropäische Angelegenheit handelt.

Aus dem Landespressedienst
vom 15. 8. 1989

SACHSENHAUSEN KOMITEE

für die
Bundesrepublik Deutschland

Sekretariat:
4600 Dortmund-Hornbruch
Postfach 230, Tel. 0231/77 32 48

Präsidium:
Heinrich Meyn, Präsident
St.-Jürgen-Ring 5, 2400 Lübeck
Georg Buch, Oberbürgermeister a.D.
Eichendorffstr. 5, 6200 Wiesbaden
Dr. rer. pol. Hans Demetz
Ernst-von-Harnack-Str. 5, 6200 Wiesbaden
Albert N. Simmedinger
Biedenkopfer Weg 99, 6000 Frankfurt/M.

Mitteilung für die Presse:

Zur Eröffnung der Ausstellung "Widerstand gegen den Nationalsozialismus am 19.7.1989 in Berlin"

Die Vertretung des KZ-Sachsenhausenkomitees der Bundesrepublik Deutschland war gerne der Einladung des Regierenden Bürgermeisters Walter Momper zur Eröffnung der Ständigen Ausstellung - Widerstand gegen den Nationalsozialismus gefolgt, und nahm die Ansprachen des Herrn Mompers und Herrn Professor Steinbachs mit großem Interesse und herzlicher Zustimmung auf.

Desto erstaunter war sie, darüber, daß nach Beendigung des in der Einladung angekündigten Ablaufs der feierlichen Eröffnung einige Herren ans Rednerpult liefen. Einer der Herren stellte sich als Bruder des nach dem 20. Juli 1944 ermordeten Majors Roland Hößlin vor und erklärte, ein Protestschreiben im Namen der Hinterbliebenen verlesen zu wollen. Das Schreiben richtete sich gegen die Würdigung der Angehörigen des im Sommer 1943 in Moskau gegründeten Nationalkomitee Freies Deutschland und verlangte die Entfernung der betreffenden Exponate aus der Ausstellung Deutscher Widerstand. Sie wären, so wurde argumentiert, Landesverräter gewesen und hätten mit den Feinden des damaligen Deutschland zum Schaden des Reichs kollaboriert. Das würde auch nach unserem bundesdeutschen Strafrecht so eingestuft.

Unverständlich ist, daß, als der Protest zahlreicher Besucher die Ausführungen des Herrn Hößlin unverständlich machte, der Herr Regierende Bürgermeister auf die Bühne eilte und im Namen von Toleranz die Fortführung der Verlesung der verunglimpfenden Rede erwirkte.

Das Sachsenhausenkomitee erklärt:

- Der Herr Regierende Bürgermeister hat durch diese Toleranz bei den meisten teilnehmenden Widerstandskämpfern von der durch seine Rede gewonnene Sympathie stark eingebüßt;
- Herr Hößlin mußte wissen, daß die Männer des 20. Juli vor dem Volksgerichtshof Freißlers auch als Landesverräter beschimpft und wegen dieser angeblichen Straftat hingerichtet wurden;
- daß die "Landesverräter" des 20. Juli - wir berufen uns hierbei auf die Erklärung der Interessengemeinschaft ehemaliger deutscher Widerstandskämpfer in den vom Faschismus okkupierten Länder - konspirative Beziehungen zu dem Komitee Freies Deutschland für den Westen durch den Beauftragten Stauffenbergs in Paris, Caesar von Hofacker unterhielten, direkt mit dem Leiter des Komitees Otto Niebergall, der als General Gaston Kommandeur der deutschen Freischärler in Frankreich war;
- daß die Leute des 20. Juli Kontakte mit der kommunistischen Untergrundorganisation im Konzentrationslager Sachsenhausen unterhielten, planmäßig einen dort inhaftierten Hauptmann der Interbrigaden in Spanien herausschleusten, als militärischen Kontaktmann mit der illegalen KPD vorsahen.

All diese überprüfbaren Fakten zeigen, daß die Männer des 20. Juli durchaus keine Berührungsgängste mit Kommunisten hatte. Daß ihr Patriotismus, ihre Liebe zum Vaterland durch diese Kontakte ihnen nicht zur Schande, sondern zur Ehre anzurechnen sind.

I.A. Heinz Junge
Generalsekretär

Verstorbene
Mitglieder
des Komitees:

Ballhom,
Franz
Burski, von
Otto
Eckertz,
Theo
Fahron,
Peter
Floßdorf,
Augustin
Pastor
Franke,
Hans
Fritsch,
Conny
Fuchs,
Maximilian
Heinen, Dr.
Reinhold
Jacobi,
Werner (MdB)
Kauschus,
Erich
Larsch,
Rudi
Meißner,
Fritz
Metzler,
Max
Naujoks,
Harry
ehem. Lagerältester
Neuhäusler,
Johann,
Weihbischof
Niemöller,
Martin
Pastor
Sauer,
Karl
Saur,
Georg
Schmidt,
Fritz
Seipel,
Georg Arnold
Szeglat,
Friedrich
Wieber,
Georg

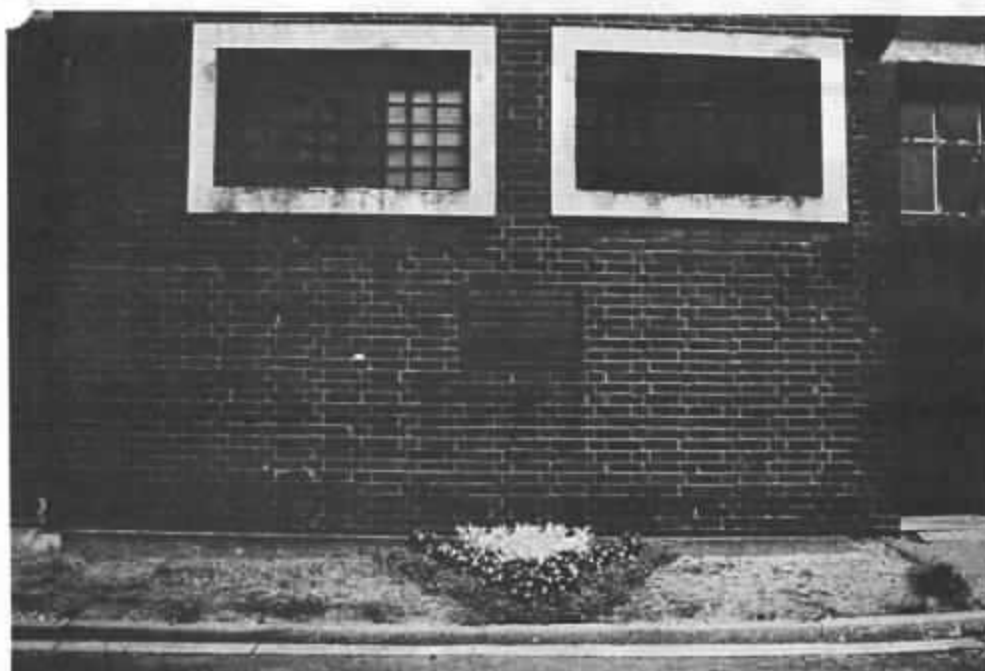
Während des bundesweiten Gedenkstättenseminars vom 1.-4. Juni 1989 in Düsseldorf zum Thema "Lernorte für Zeitgeschichte: Museum und/oder Gedenkstätte" entstand die Idee, in Zusammenarbeit mit Frank Ehrhardt vom Arbeitskreis Andere Geschichte e. V., Braunschweig Fotos vom ehemaligen KZ Drütte auf dem Gelände der heutigen Peine-Salzgitter Stahlwerke zu machen. Nachdem der Arbeitsdirektor Dr. Geisler eine Fotografierlaubnis erteilt hatte, konnte ich am 12.7.1989 den heutigen Zustand fotografieren. Frank Ehrhardt beschreibt in seinem Artikel den Stand und die Diskussion um die Errichtung einer Gedenkstätte in den Räumen des ehemaligen Konzentrationslagers (s. übrigens hierzu auch den Konkret-Artikel von Klaus Croissant, 'konkret', Juli-Heft 1989)

Monika Rummler

Das KZ Drütte wurde als Außenlager des KZ Neuengamme bei Hamburg 1942 in Salzgitter eingerichtet. Es hatte eine übergeordnete Funktion in der Region als Stützpunktlager; von hier aus wurden weitere Außenkommandos versorgt. Neuengamme hatte über 70 derartige Außenkommandos. Das KZ Drütte war Teil des Produktionsverbundes der Reichswerke, die seit 1937 v. a. von Göring im Salzgitter-Gebiet als nationalsozialistischer Staatskonzern errichtet wurde.



Unter einer Biegung der Hochstraße im Hüttengelände befand sich von 1942-1945 das KZ-Außenkommando Drütte



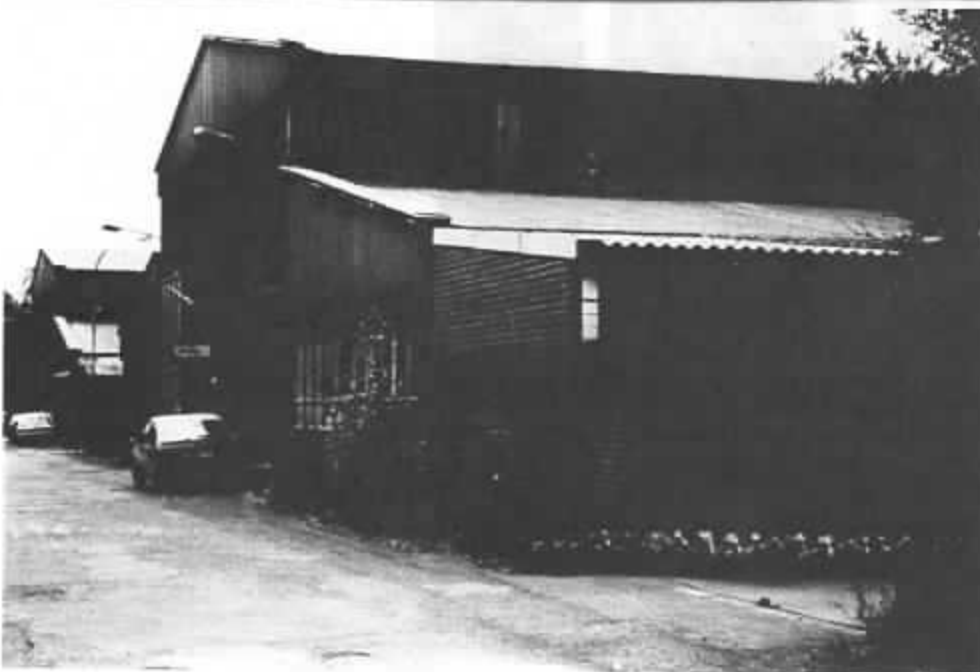
Bis Anfang der achtziger Jahre war der Ort des KZ Drütte weitgehend unbekannt. Erst 1985 wurde eine Gedenktafel vom Betriebsrat angebracht.



Bis vor kurzem noch
krönte das
Familienwappen
Hermann Görings
als Firmenzeichen
die Hauptverwaltung
der Salzgitter AG.
Jetzt ist das
Emblem kommentarlos
abgeschafft.
Vergangenheits-
bewältigung?



in 40 x 12m²
großen Blocks
waren bis zu 800
Häftlingen unter-
gebracht.



alle Fotos Monika Rummler

Arbeitsstätte
der Häftlinge:
Die Aktion 88.
SS und Reichswerke
wollten sich den
Gewinn aus der
Munitionsproduktion
teilen.

Kein Ende in Sicht?

Die Salzgitter AG behindert immer noch das Entstehen einer Gedenkstätte im KZ Drütte.

Von den Schwierigkeiten, die mit der Einrichtung von Stätten des Gedenkens und der Dokumentation an den historischen Orten der NS-Verbrechen verbunden waren, berichten die Entstehungsgeschichten aller KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik. In der Regel waren es öffentliche Instanzen, bei denen die ehemaligen Häftlinge und sie unterstützende Gruppen beharrlich drängen mußten, bis sich endlich befriedigende Lösungen fanden. Offensichtlich kompliziert sich diese Situation aber nochmal, wenn ein Industrieunternehmen Adressat der Forderung nach einer Gedenk- und Dokumentationsstätte ist. Dieses jedenfalls legt die jetzt fast fünf Jahre andauernde Auseinandersetzung mit den Stahlwerken Peine Salzgitter um die auf dem Werksgelände gelegenen Gebäude des ehemaligen KZ-Außenkommandos Drütte nahe.

Ein KZ im Hüttenwerk

Anfang 1985 versammelten sich Stahlwerker und BürgerInnen Salzgitters erstmals zu einer Gedenkstunde auf dem ehemaligen Appellplatz dieses 1942 eingerichteten KZ'-Lagers. Dadurch wurde dieser Ort in der Stadt Salzgitter bekannt. Die Veranstaltungsredner gingen auf die Geschichte des Lagers ein und berichteten von den zeitweilig über 3000 Häftlingen, die bis zum körperlichen Zusammenbruch in einer von den damaligen Reichswerken Hermann Göring und der SS betriebenen Granatendreherei arbeiten mußten.

In den folgenden Monaten wurde die Salzgitter AG und ihre Tochter Stahlwerke P & S immer häufiger mit der Forderung konfrontiert, das historische Gelände in Drütte für eine Gedenkstätte zur Verfügung zu stellen. Dort sind noch die massiven Bauten unter einer Hochstraße vorhanden, in denen die Häftlinge eingepfercht waren. Die Gitter geben Auskunft über die ursprüngliche Nutzung der Räume, die heute als Abstellflächen verschiedener Betriebswerkstätten verwandt werden. Die Besucher des ehemaligen KZ-Geländes stellten immer wieder fest, daß es hier, inmitten einer intakten Industrieanlage, möglich ist, sich der Situation der Zwangsarbeiter auch atmosphärisch anzunähern.

Ein uneinsichtiger Stahlkonzern

Doch die Argumente von Betriebsrat, Gewerkschaften, Parteienvertretern, Kirchengemeinden, Verfolgtenverbänden und anderen Gruppen - darunter der rührige Arbeitskreis

Stadtgeschichte - beeindruckten die Stahlwerke wenig. Mit wechselnden Begründungen hielten sie dagegen: Erst war die Werksicherheit durch die Besucher einer künftigen Gedenkstätte bedroht, dann wurden die Arbeitsplätze bemüht, die ohne Zukunftsinvestitionen ausgerechnet auf dem ehemaligen KZ-Gelände nicht zu sichern seien. Im vergangenen Jahr hat nun das Niedersächsische Landesinstitut für Denkmalschutz das ehemalige KZ für schutzwürdig erklärt. Damit ist an eine Veränderung der Bebauung erstmal nicht mehr zu denken - allerdings die Konzessionsbereitschaft der Stahlwerke auch nicht größer geworden. Offenbar fürchten die Vorständler des in der NS-Zeit entstandenen Konzerns eine Imageschädigung, wenn seine Gründungsgeschichte allzu deutlich auf dem Konzerngelände präsentiert würde. Daß die andauernde Auseinandersetzung um die Errichtung einer Gedenkstätte allerdings auch ein beachtliches Licht auf die "Vergangenheitsbewältigung" der Konzerngewaltigen wirft, scheint dagegen weniger zu beunruhigen.

Stadt Salzgitter auf Kompromißsuche

SPD-regiert und öffentlichem Druck gegenüber - vor allem wenn er aus eigenen Reihen kommt - zugänglicher, bemüht sich die Stadt Salzgitter um eine Lösung. Ein Alternativstandort für die Gedenkstätte ist gefragt. Nachdem eine Verwaltungsvorlage nach eigener Einschätzung keinen überzeugenden Ausweichplatz fand, wurde im Oktober 1988 eine Gruppe von Wissenschaftler(inne)n und Gedenkstättenleiter(inne)n um ein Gutachten gebeten. Doch scheint das Ergebnis nicht zu befriedigen: Es wird als Verschlusssache behandelt.

Die im Komitee Dokumentationsstätte Drütte zusammengeschlossenen Befürworter einer Gedenkstätte in Drütte haben sich inzwischen über die Gestaltung und Arbeit einer solchen Einrichtung Gedanken gemacht. Eine Konzeption, die Ziele, pädagogische Arbeit und Dauerausstellung beschreibt, ist jetzt fertig gestellt und wird in IGM-Vertrauensleutesitzungen und Kirchengremien diskutiert. Zu wünschen ist, daß sich von den detaillierten Vorstellungen, die Konzeption darlegt, weitere Bürger/innen Salzgitters überzeugen lassen und sich infolgedessen auch der Vorstand des Stahlkonzerns nicht länger weigern kann, ernsthaft über die Forderung einer Gedenkstätte in Drütte nachzudenken.

F. Ehrhardt

Eine Dokumentation über die bisherigen Bemühungen zur Einrichtung der Gedenkstätte KZ Drütte ist in der Geschäftsstelle vorhanden.

Frauen im RSHA - Täterinnen im National-Sozialismus

Während meines Praktikums im "Aktiven Museum Berlin e. V." habe ich mich mit dem Thema "Frauen im Reichssicherheitshauptamt, bzw. Täterinnen im Nationalsozialismus" beschäftigt.

Ich habe einen etwas längeren Text darüber geschrieben, den ich im Archiv des "Aktiven Museums" hinterlegen werde. Hier nur ein paar Stichpunkte:

Das Thema "Täterinnen im Nationalsozialismus" ist weitgehend unerforscht. Das hängt damit zusammen, daß man sich weibliche Grausamkeit nicht vorstellen mag. Und auch damit, daß bis heute ein traditionelles Frauenbild konserviert worden ist, nämlich das der Hausfrau und Mutter; das der sanften, zu beschützenden und friedfertigen Frau.

Es habe den Täterinnen, so Renate Faerber-Husemann, ein Alibi verschafft. Was immer sie getan hatten, es konnte so schlimm nicht sein, schließlich waren sie Frauen (Artikel, erschienen im 'Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt, 4.10.1987).

Im Reichssicherheitshauptamt waren Frauen beschäftigt, hauptsächlich in "untergeordneten" Positionen, als Sekretärinnen, Kanzleiangestellte. Doch auch auf unterster Verwaltungsebene waren diese Frauen wichtig, denn sie gehörten zu den vielen Rädchen, die das Funktionieren des nationalsozialistischen Regimes erst möglich machten. Außerdem zeichneten sie sich, so Angelika Ebbinghaus, durch hohe Arbeitsidentifikation und Pflichterfüllung aus (s. A. Ebbinghaus, "Opfer und Täterinnen, Frauenbiographien des Nationalsozialismus").

Viele Frauen des RSHA waren im "Amt IV" beschäftigt. Sie hatten dort hauptsächlich mit sog. "Schutzhäftlingen" zu tun. Sie müssen sich also irgendwelche Gedanken über das, was dort an Unrecht geschah, gemacht haben.

Zwei konkrete Beispiele für das Verhalten zweier Sekretärinnen habe ich gefunden. Eine davon war Gertrud Hoffmann-Breiter, Stenotypistin im "Amt IVE6", das entscheidenden Einfluß bei der Verhaftung der Mitglieder der Widerstandsgruppe um Harnack Schulze Boysen hatte.

Das Referat VA3 war die "Weibliche Kriminalpolizei" (WKP). Deren Leiterin war Friederike Wieking. Ab 1943 unterstanden der WKP die "Jugendschutzlager". In diese wurden Jugendliche eingewiesen, die als "kriminell" oder

"sexuell verwahrlost" galten. Noch 1958 spricht Fr. Wieking in ihrem Buch, "Die Entwicklung der weiblichen Kriminalpolizei in Deutschland von den Anfängen bis zur Gegenwart" von "schwierigen und die Gesamterziehung hindernden Elementen".

Die "Jugendschutzlager" waren auch kriminalbiologische Experimentierfelder. In einem Runderlaß Himmlers hieß es u. a.: "... ihre Insassen nach kriminalbiologischen Gesichtspunkten zu sichten, die noch Gemeinschaftsfähigen zu fördern, ... die Unerziehbaren unter Ausnutzung ihrer Arbeitskraft zu verwahren".

Trotzdem rechtfertigt Fr. Wieking die "Jugendschutzlager" mit folgenden Worten:

"... wären sie nicht entstanden, so wären diese schwer gefährdeten Minderjährigen, die immer wieder mit dem Strafrecht und somit auch der Polizei in Konflikt gerieten, unweigerlich - und zwar ohne Anhörung der Jugendbehörden - in die Konzentrationslager zu den erwachsenen Asozialen und Gewohnheitsverbrechern gekommen ..."

Andere Täterinnen, die nicht direkt im RSHA beschäftigt waren, jedoch natürlich für das RSHA eingesetzt wurden, waren die SD-Agentinnen, die als Prostituierte getarnt im "Salon Kitty" arbeiteten. Und so, mittels ihrer jeweiligen Partner wichtige Informationen für den SD (Sicherheitsdienst der SS) beschafften.

Und es waren die SS-Aufseherinnen, die in den Frauenkonzentrationslagern ihren Dienst taten, und als besonders brutal und unmenschlich galten.

Es ist bestürzend zu sehen, daß es bei den Täterinnen, soweit ich recherchiert habe, an Betroffenheit, Bedauern oder Trauer über die eigenen Untaten fehlt. Das Leiden unzähliger Menschen ist für sie kein Thema.

Karin Koch
September 1989

Das Büro für ungewöhnliche Maßnahmen errichtet vor dem Amtsgericht in der Witzlebenstraße eine Gedenktafel für über 500 vom Reichskriegsgericht während des Nationalsozialismus zum Tode verurteilten Kriegsdienstverweigerer. 7.7.1989



Die Gedenktafel für die Opfer des Reichskriegsgerichts nach der Enthüllung am 1.9.1989 (Foto: Monika Rummler)



Eingang des Kammergerichts (ehemaliges Reichskriegsgericht) in der Witzlebenstraße (Foto: Monika Rummler)



Dr. Heinrich Scheel bei der Enthüllung der Gedenktafel (Foto: Monika Rummler)

Text der Tafel:

Zum Gedenken

In diesem Hause, Witzlebenstr. 4-10, befand sich von 1936 - 1943 das Reichskriegsgericht. Die höchste Instanz der Wehrmachtjustiz verurteilte hier über 500 Kriegsdienst-Verweigerer und zahllose Widerstands-Kämpfer wegen ihrer Haltung gegen Nationalsozialismus und Krieg zum Tode und ließ sie hinrichten.

Senatseinladung zur Übergabe der Gedenktafel
zur Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen
"Euthanasie"-Aktion. So etwas würden wir uns öfter wünschen!

*Am 1. September 1989, 11.30 Uhr,
wird an der Tiergartenstraße 4 (Philharmonie)
eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Opfer
der nationalsozialistischen "Euthanasie"-Aktion
der Öffentlichkeit übergeben.*

Es sprechen:

*Dr. Anke Martiny
Senatorin für Kulturelle Angelegenheiten,*

*Dr. Karsten Vilmar
Präsident der Bundesärztekammer,*

*Dr. Ellis Huber
Präsident der Ärztekammer Berlin,*

*Jürgen Karwelat
Berliner Geschichtswerkstatt.*

*Wolfgang Naujokat
Bezirksbürgermeister des Bezirks Tiergarten,
wird die Tafel enthüllen.*

*Der Bezirksbürgermeister von Berlin-Tiergarten
Wolfgang Naujokat*

*Die Senatorin für Kulturelle Angelegenheiten
Dr. Anke Martiny*

*Der Präsident der Ärztekammer Berlin
Dr. Ellis Huber*

*Die Mitglieder
der Berliner Geschichtswerkstatt e. V.*

Ehre den vergessenen Opfern

An dieser Stelle, in der Tiergartenstraße 4,
wurde ab 1940 der erste national-
sozialistische Massenmord organisiert,
genannt nach dieser Adresse: „Aktion T 4“.

Von 1939 bis 1945 wurden fast 200 000
wehrlose Menschen umgebracht.
Ihr Leben wurde als „lebensunwert“
bezeichnet, ihre Ermordung hieß
„Euthanasie“. Sie starben in den
Gaskammern von Grafeneck, Brandenburg,
Hartheim, Pirna, Bernburg und Hadamar:
sie starben durch Exekutionskommandos,
durch geplanten Hunger und Gift.

Die Täter waren Wissenschaftler, Ärzte,
Pfleger, Angehörige der Justiz, der Polizei,
der Gesundheits- und Arbeitsverwaltungen.

Die Opfer waren arm, verzweifelt, aufsässig
oder hilfsbedürftig. Sie kamen aus
psychiatrischen Kliniken und
Kinderkrankenhäusern, aus Altenheimen
und Fürsorgeanstalten,
aus Lazaretten und Lagern.

Die Zahl der Opfer ist groß, gering die Zahl
der verurteilten Täter.

»SCHWIMMER, RADFAHRER, HOMOSEXUELLE«

*Endlich gedenktafelt ein Rosa Winkel den
U-Bahnhof Nollendorffplatz*

Esmachte einmal unfeierlich ratsch! Und dann war das Packpapier ab vom Dreieck aus altrosa Marmor. Jubel und Applaus für die Gedenktafel für die homosexuellen Opfer des Naziterrors am Nollendorffplatz, im Mittelpunkt des historischen und aktuellen Homodistrikts von Berlin. Pfiße für die nicht anwesenden Vertreter der BVG. Denn daß die Tafel nun doch am Bahnhof hängt, konnte auch die enthüllende Schöneberger Volksbildungs- und Kunststadträtin Brigitte Mießner (SPD) selbst kaum glauben. Um an diesem Samstag endlich auch in Berlin die vergessenen aller Nazi-Opfer zu ehren, hatte es über mehr als zwei Jahre harter U- eugungsarbeit Jahre bedurft. Zunächst hatte das u. a. vom SPD- Abgeordneten Raimund Beyer und Roland Hirsch (Treffender Berliner Schwulengruppen) initiierte Gedenktafelprojekt in die geplante Zentrale Gedenkstätte am Prinz-Albrecht-Palais integriert werden sollen. Dazu hatte Altkultursenator Hassemer auch schon seine k. gegeben. Doch damit wäre die Gedenktafel auf die ganz lange Bank geschoben worden. Also wurden die Bezirke gebeten, Standorte zu nennen. Doch die lehnten bis auf den Bezirk Schöneberg alle ab, meist mit den üblichen »vorurteilsvollen brieflichen Begründungen« (Raimund Beyer). Selbst als dann die Bezirksversammlung Schöneberg Anfang '87 einstimmig beschloß, die Gedenktafel aufzuhängen und sie auch zu finanzieren, gab es weiter Ärger. Die BVG weigerte sich, die Tafel an der Bahnhofswand zu akzeptieren. U- war bis zwei Tage vor der geplanten Enthüllung. Es gebe »keinen sachlichen Zusammenhang des U-Bahnbauwerks mit der Verfolgung Homosexueller« und »es könnte der Eindruck entstehen, daß zwischen dem U-Bahnbetrieb und der Verfolgung Homosexueller während der Zeit des Dritten Reichs ein Zusammenhang bestehe«, hieß es im Mai in einem BVG-Schreiben an den schwulen AL-Abgeordneten Albert Eckert. Es folgte ein langer Briefwechsel. Während die BVG

behauptet, von der Bezirksversammlung nicht informiert worden zu sein, wieso die Tafel am U-Bahnhof »richtig plaziert« sei, erklärte die Schöneberger Kunststadträtin, die Bezirksversammlung sei von der BVG nur mit ablehnenden »Dreizeilern« eingedeckt worden.

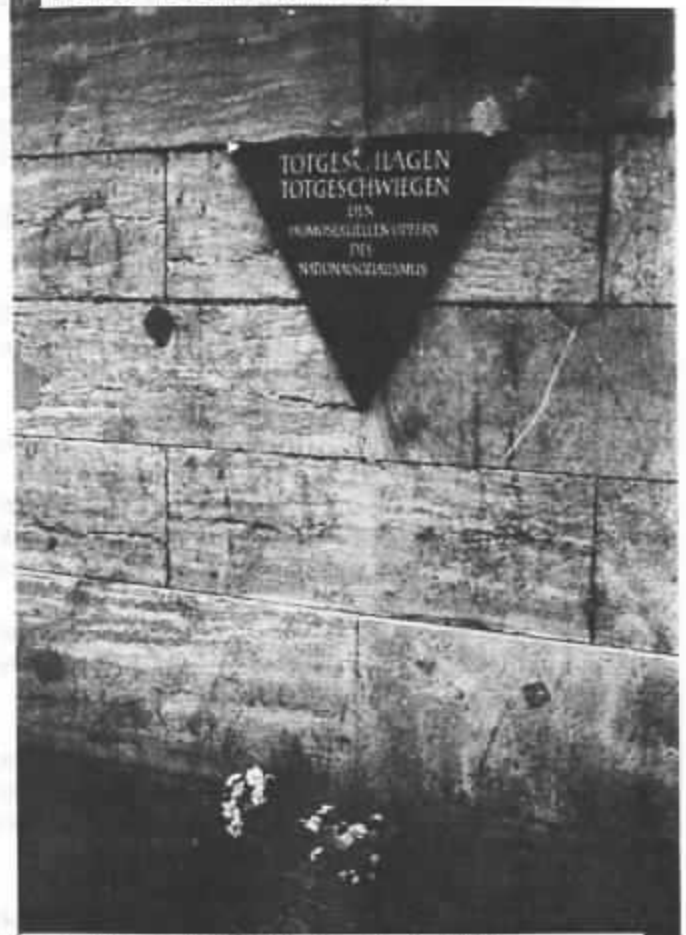
Irgendwann intervenierte dann der Verkehrssenator Horst Wagner höchstselbst und zwang die BVG-Beamten zu einer »elastischeren Haltung«. So sagte BVG-Direktor Harro Sachße der taz: »Ja, wenn tatsächlich auf dem Bahnhofsvorplatz Homosexuelle aufgegriffen wurden und dann zu Tode gekommen sind, dann ist das etwas ganz anderes, dann können wir das einsehen.« Schließlich müsse auch bei »Homosexuellen etc.« geprüft werden, wieso gerade an einem BVG-U-Bahnhof eine Gedenktafel hängen solle. »Das würden wir auch bei Schwimmern, Segelfliegern oder Radfahrern so machen« (BVG-Sachße).

Bei der Enthüllung wiesen der SPD-Abgeordnete Raimund Beyer, die Stadträtin Mießner und Albert Eckert (AL) in kurzen Reden darauf hin, daß die Gedenktafel »längst überfällig« gewesen sei: »Vergessen bedeutet eine zweite Tötung der Opfer«. Kein Platz sei besser geeignet als der Nollendorffplatz, sich der schwulen und lesbischen Nazi-Opfer zu erinnern, »für die es keine Ehrenmale gibt und die in kaum einem Geschichtsbuch vorkommen«. Bedauert wurde von allen drei Rednern, daß kein Offizieller der BVG den Weg zur Enthüllung gefunden hatte. Die Kunststadträtin erklärte sich das mit »Problemen der überwiegend männlichen BVGler«. »Doch immerhin haben sie sich letztlich überzeugen lassen.« Frau Mießner empfahl dem Verkehrssenator einen entsprechenden Weiterbildungskurs für seine Beamten. Weil es tatsächlich massive Bildungslücken über die Verfolgung und Ermordung Homosexueller unter den Nazis gebe, sei jetzt noch eine »Tafel zur Erklärung der Gedenktafel« geplant. **Hans-Hermann Kotte**

Die tageszeitung, 26.6.1989



Brigitte Mießner, Vorsitzende des Ausschusses für Volksbildung und Kunst der BVV Schöneberg bei ihrer Ansprache zur Enthüllung des "Rosa Winkels" am U-Bahnhof Nollendorffplatz am 24. Juni 1989 (Foto: Monika Rummler)



Der "Rosa Winkel" am 24.6.1989 (Foto: M. Rummler)

Textvorschlag für die erklärende Zusatztafel:

"Der 'Rosa Winkel' war das Zeichen, mit dem die Nationalsozialisten Homosexuelle in den Konzentrationslagern in diffamierender Absicht kennzeichneten. Gedenktafeln in Form eines Rosa Winkels wurden auch in den ehemaligen Konzentrationslagern Mauthausen (1984), Neuengamme (1985) und Dachau (1987) angebracht, um der Verfolgung Homosexueller durch das NS-Regime zu gedenken.

An dieser Stelle wird daran erinnert, daß rund um den Nollendorffplatz in der Weimarer Republik viele homosexuelle Treffpunkte: Cafés, Lokale und Travestiebühnen lagen, die nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten ab Januar 1933 fast alle geschlossen wurden. Viele bei Razzien in diesem Kiez verhaftete Homosexuelle wurden in das Konzentrationslager Sachsenhausen und damit häufig direkt in den Tod geschickt.

Berlin-Schöneberg 1989"

Zur Chronologie

- 21.08.1988 Das AKTIVE MUSEUM bietet die erste Begehung des Gestapo-Geländes für Anwohnerinnen und Anwohner an
- 24.08.1988 Diskussionsveranstaltung "Was soll aus dem Prinz-Albrecht-Gelände werden?" mit Journalisten im Kinosaal des Gropius-Baus
- 27.08.1988 Arbeitstagung "Jugend und Nationalsozialismus" des AKTIVEN MUSEUMS mit finanzieller Unterstützung der Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit in
- September 1988 Mitgliederrundbrief Nr. 5 erscheint
- "Perspektive Berlin e.V." fordert die Errichtung eines unübersehbaren "Holocaust-Memorials" für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus auf dem Gestapo-Gelände
- 01.09.1988 Kundgebung des DGB zum Antikriegstag vor dem Gestapo-Gelände
- 18.09.1988 Das AKTIVE MUSEUM bietet die zweite Begehung des Gestapo-Geländes für Anwohnerinnen und Anwohner an
- Oktober 1988 Die von der AL beantragte Ausstellung "Kinder und Jugendliche im Nationalsozialismus" und der dafür vorgesehene Bau eines zweiten Pavillons (AG Konzepte des AKTIVEN MUSEUMS) wird vom Kulturausschuß des Abgeordnetenhauses abgelehnt
- 03.11.1988 Eröffnung der Wanderausstellung "Aus Nachbarn wurden Juden" im Mehringhof, Träger: AKTIVES MUSEUM
- November 1988 Die Reste des Gestapo-Zellentraktes, nicht aber die Mauerreste an der Niederkirchner- und Wilhelmstraße werden unter Denkmalschutz gestellt
- Im Rahmen der Ausstellung "Gedenken und Denkmal" im Gropius-Bau wird als Diskussionsbeitrag der Berlinischen Galerie der Gestaltungsvorschlag von H.M. und N. Harrison sowie einige prämierte Entwürfe aus dem Wettbewerb 1983/84 ausgestellt

- 24.11.1988 Podiumsdiskussion "Gedenkstätte für die ermordeten Jüdinnen und Juden des Bayerischen Viertels - 43 Jahre später?" des AKTIVEN MUSEUMS und der Berliner Geschichtswerkstatt im Haus am Kleistpark
- Dezember 1988 Veröffentlichung des Gutachtens "Zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände" im Auftrag der Akademie der Künste
- Januar 1989 Einrichtung eines Antifa-Telefons im AKTIVEN MUSEUMS mit finanzieller Unterstützung von Netzwerk in Zusammenarbeit mit dem Antirassismus- und dem Antifa-Not-Telefon
- Mitgliederrundbrief Nr. 6 erscheint
- Der Senator für Kulturelle Angelegenheiten beruft die Kommission für den zukünftigen Umgang mit dem Prinz-Albrecht-Gelände ein
- 19.01.1989 Vortrag "Polizei und Staatsschutz: Herrschaftssicherung im NS-Staat und Schutz des demokratischen Staates heute" im Kinosall des Gropius-Baus
- Februar 1989 Eröffnung der "Topographie des Terrors" in der Stadtbibliothek Berlin (Ost)
- 04.02.1989 Diskussion über die Konzeption des AKTIVEN MUSEUMS
- 31.02.1989 Eröffnung der Ausstellung "Aus Nachbarn wurden Juden" im Rathaus Schöneberg
- 09.03.1989 Brandanschlag auf die Ausstellung "Topographie des Terrors" auf dem Gestapo-Gelände
- 24.04.-28.05.89 Ausstellung "REPs, Rechts, Ächz" der Elefanten Press Galerie in Zusammenarbeit mit dem AKTIVEN MUSEUM im Mobilien Museum
- Mai 1989 Mitgliederrundbrief Nr. 7 erscheint
- 23.05.1989 Diskussionsveranstaltung des AKTIVEN MUSEUMS "Ort der Täter - Ort für ein Mahnmal?" in den Clubräumen der Akademie der Künste
- 01./02.07.1989 Anhörung von VertreterInnen engagierter Initiativen und Verfolgtenverbänden vor der

Kommission zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände:
Forderung nach der Einrichtung eines AKTIVEN
MUSEUMS zum 1. September 1989

- 07.06.1989 Eröffnungsveranstaltung der Evangelischen
Kirchentage auf dem Gestapo-Gelände
- August 1989 Der Institutionalisierungsantrag des AKTIVEN
MUSEUMS wird von der Senatsverwaltung für
Kulturelle Angelegenheiten abgelehnt
- 11.08.1989 Anhörung internationaler Fachleute aus Gedenk-
stätten vor der Kommission zum Umgang mit dem
Prinz-Albrecht-Gelände
- 24.08.-06.09.89 Veranstaltungsreihe anlässlich der 50. Wieder-
kehr des Überfalls auf Polen der VVN/VdA, des
AKTIVEN MUSEUMS und der Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste
- 31.08.1989 Ende der beiden AB-Maßnahmen des AKTIVEN
MUSEUMS, das damit wieder ohne hauptamtliche
MitarbeiterInnen ist
- 01.09.1989 symbolische Grundsteinlegung für ein AKTIVES
MUSEUM vor dem Gestapo-Gelände, Aufbau eines
provisorischen Büros und Informationsangebote
für Interessierte durch das AKTIVE MUSEUM in
Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedsverbänden;
Kundgebung zum Antikriegstag und Forderung nach
der Einrichtung eines AKTIVEN MUSEUMS in
Zusammenarbeit mit dem DGB und der Aktion
Sühnezeichen Friedensdienste
- 01.09.-15.10.89 Ausstellung "Deserteure. Zwischen Fahnenflucht
und Totalverweigerung 1914 -1989" der Elefanten
Press Galerie in Zusammenarbeit mit dem AKTIVEN
MUSEUM und der Internationale der Kriegsdienst-
gegner
- 16.09.1989 Veranstaltung der Perspektive Berlin e.V. zu
ihrer Forderung nach einem "Holocaust-Mahnmal"
auf dem Gestapo-Gelände
- Oktober 1989 Mitgliederrundbrief Nr. 8 erscheint
- Dokumentation "In der Gestapo-Zentrale Prinz-
Albrecht-Straße 8. Berichte ehemaliger
Häftlinge" erscheint (Hrsg.: Arbeitskreis
Stadtpolitik der Evangelischen Akademie Berlin
(West))

Monika Rummler